

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ranser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Insertate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das geistige Moment im Klassenkampfe.

1. Offenbar wächst der Klassenkampf hervor aus den Klassengegensätzen. Überall dort, wo scharfe Gegensätze bestehen zwischen den verschiedenen Klassen ein und desselben Volkes oder Staates, muß es im Laufe der Zeit zu einem Zusammenstoß kommen zwischen den Angehörigen dieser Klassen. Allerdings genügt das bloße Vorhandensein dieser Gegensätze noch lange nicht, um einen Klassenkampf hervorzurufen, sie müssen erst als ein Unrecht, als eine Zurücksetzung empfunden werden, bevor der Wille auftaucht, sie zu mildern oder gänzlich zu beseitigen. Nicht die Unterdrückung, die Ausbeutung, die Entrechtung an und für sich treiben die Menschen in den Klassenkampf hinein, sie sind nur die wirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen, erst die in den Unterschichten lebendig gewordene Ueberzeugung, daß sie unterdrückt, ausgebeutet und entrechtet werden, feuert sie an zum Kampfe gegen das alte Unrecht, für das neue Recht. Die Geschichte lehrt uns, daß Bevölkerungszunahme, ohne sich dagegen aufzulehnen, selbst dann noch, wenn die wirtschaftlichen Ursachen der Klassenscheidung längst nicht mehr bestanden, und daß es erst eines äußeren Anstoßes bedurfte, um die Massen in Fluß zu bringen. Das Klassenbewußtsein, das aus den Klassengegensätzen geboren wird, ist es also, das den Klassenkampf erzeugt.

Dieses Klassenbewußtsein, die innere Triebkraft der Aufwärtsentwicklung, entsteht nicht etwa automatisch, ganz von selbst, in den Unterdrückten, wie manchmal behauptet wird, sondern es muß von außen hineingetragen werden. Heute, wie vor Jahrtausenden, finden wir in rückständigen Bevölkerungsschichten, die unter einem geradezu unmenschlichen Druck schmachten, keine Spur eines Klassenbewußtseins. Es ist dort wohl das dumpfe Gefühl des Unbehagens und der Unzufriedenheit vorhanden, aber es fehlt die klare Einsicht in die Ursachen der elenden Lage und das kluge Bewußtsein von der Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit des Bestehenden. Diese sozialgeistigen Faktoren müssen erst geschaffen werden, bevor der Wille zu Kampf und Opfern zum Durchbruch kommt. Schon im Altertum können wir die Beobachtung machen, daß die Sklavenmassen solange regungslos verharrten, bis ihnen Führer entstanen, die ihr Klassenbewußtsein weckten und ihre Kampflust entflammeten. Diese Führer waren ausnahmslos Leute aus den höheren Schichten, die entweder aus Mitleid mit den Massen ihnen ihre Kräfte zur Verfügung stellten, oder die selbst einstmals bessere Lage gesehen hatten, aber durch ein widriges Geschick in die Knechtschaft hinabgesunken waren. Wir kennen kein einziges Beispiel, daß es anders gewesen wäre. Auch im Mittelalter können wir die gleiche Beobachtung machen. Die eigentlichen Führer der sozialen Bewegungen, zum Beispiel in den Bauernkriegen, waren Leute, die nach Geburt und Vorbildung nicht zur Masse gehörten. Die Vorkämpfer des Bürgertums in der französischen Revolution waren vorwiegend Angehörige der bevorrechtigten Stände oder sogenannte Intellektuelle — heute würden wir sie Akademiker nennen —, denn wie sollte auch ein schlichter Bürgermann wohl dazu kommen, seinen Klassengenossen die Fahne des Kampfes voranzutragen. Und wie es in dieser Beziehung in den Anfängen der modernen sozialistischen Bewegung aller Kulturländer zugegangen ist, ist ja allgemein bekannt. Die sozialistischen Führer proletarischer Herkunft und proletarischer Vorbildung lassen sich an den zehn Fingern abzählen, die meisten Führer waren Angehörige der Bourgeoisie. Daß es heute anders geworden ist, ist ein Beweis für den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats, aber auch heute noch spielen überall die vielgeschmähten „Akademiker“ eine einflussreiche Rolle, abgesehen von der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, in der die Praktiker den Ausschlag geben. Es gilt also das soziologische Gesetz, daß die durch lange Unterdrückung und Ausbeutung entnerzten Volksschichten, die obendrein noch von der Kultur ferngehalten werden, erst dann in Aktion treten, wenn sie durch Leute mit höherer Bildung und Kultur zum Bewußtsein ihres Rechts und ihrer Macht gebracht werden, daß sie oder in weiteren Verläufe ihrer Entwicklung sich Führer aus den eigenen Reihen erziehen und die nichtproletarischen Elemente allmählich abstoßen.

Das Eintreten von Leuten aus den „höheren“ Schichten für die proletarischen Emanzipationsbestrebungen ist nicht nur von Wert für die praktische Agitation, für die Aufklärung und Schulung der Massen, sondern es bedeutet auch einen großen moralischen Erfolg. Wenn Männer der

Wissenschaft durch theoretische Untersuchungen zur Ueberzeugung von der Wahrheit des Sozialismus gelangen, wenn Männer des praktischen Lebens aus den Kreisen der Wohlhabenden und Gebildeten die Brücken hinter sich abbrechen und sich der sozialistischen Bewegung zur Verfügung stellen, so wird dadurch das Bewußtsein der Massen, daß sie sich im Rechte befinden, unzweifelhaft ungeheuer gestärkt. „Wenn solche Leute für uns eintreten“, heißt es, „so ist dies ein Beweis, daß wir für eine gute und gerechte Sache kämpfen.“ Hieraus erklärt sich das Gefühl der Befriedigung, das jedesmal die Massen durchwärmt, wenn ein gelehrter, reicher oder gesellschaftlich hochstehender Mensch sich der sozialdemokratischen Partei anschließt, hieraus erklärt sich auch die Tatsache, daß die Massen, allem demokratischen Mißtrauen zum Trotz, einem solchen Reuling ein ungeheueres Vertrauen entgegenbringen und ihm ohne lange Probezeit eine Führerrolle übertragen, um die ein „gewöhnlicher“ Genosse jahrzehntelang ringen muß. Man mag dies vielleicht bedauern, aber man muß damit rechnen, und man darf dies geistige Moment im Klassenkampfe nicht unterschätzen.

Das Bewußtsein, für eine gute und gerechte Sache zu kämpfen, ist nämlich für einen Kampf von ungeheurer Bedeutung, wie man in jedem Kriege deutlich beobachten kann. Gerade im proletarischen Klassenkampfe kommt es wesentlich mit darauf an, daß die Massen von der moralischen Berechtigung ihrer Forderungen und Bestrebungen überzeugt sind. Wenn erst das Proletariat in seiner großen Mehrheit sich des Unrechts bewußt geworden ist, das die Herrschenden und Besitzenden Klassen seit langer Zeit an ihm begehen, wenn es erst klar erkennt, wie es auf allen Gebieten zurückgesetzt und benachteiligt wird, dann wird sich auch der starke Wille regen, diesem Unrecht ein Ende zu machen. Dann wird auch das Kräftegefühl wachsen und die Bewegung wird unumwiderstlich werden. Zum Glück für das Proletariat breitet sich das Klassenbewußtsein immer mehr aus und faßt immer tiefere Wurzeln in den Massen. Mit Hilfe einer zähen und unermüdbaren Werbearbeit, durch planmäßige Agitation und zielbewußte Organisation werden immer breitere Massen des Volkes davon überzeugt, daß sie ein Recht haben auf eine auskömmliche Existenz, auf Freiheit und Kultur, auf ein menschenwürdiges Dasein. Und sie werden auch davon überzeugt, daß sie die Macht besitzen, ihr Ziel zu erreichen, wenn sie nur den festen Willen haben. Hierin liegt die geradezu wunderbare Werbekraft des modernen Sozialismus, der einen Fortgang genommen hat in den wenigen Jahrzehnten, wie er in der Weltgeschichte beispiellos dasteht.

Umgekehrt beobachten wir auf gegnerischer Seite, daß der Glaube an ihr Recht und das Vertrauen auf ihre Existenzberechtigung langsam im Schwinden begriffen ist. Aus den Kreisen der Ober- und Mittelschichten ertönt gar nicht selten mehr die zweifelnde Frage, ob denn die heutigen Zustände mit ihrem offensichtlichen Unrecht gegen die Unterschichten ewig und unabänderlich seien, oder ob es nicht vielmehr besser und ratsamer sei, den Proletariern Entgegenkommen zu zeigen. Aus dieser Stimmung heraus erklären sich die sozialen Reformbestrebungen der Gegenwart, die sich auf allen Gebieten bemerkbar machen. Das bedeutet natürlich keinen Verzicht auf die Vorrechte und Monopole, aber es beweist eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf die moralische Bewertung der Klassengegensätze. Daß eine solche Unsicherheit, ein solches Schwanken zur Schwächung unserer Gegner beiträgt, wird niemand bestreiten wollen, der die unwägbareren Momente für den Ausgang eines Kampfes in Berücksichtigung zieht. Die Scharfmacher und Kapitalproben, die hartnäckig auf ihrem Schein bestehen, wissen dies sehr wohl zu würdigen. Darum wettern sie gegen die Sozialideologen, die „Genossen im Zylinder“, die die kapitalistischen Schlachtreihen in Unordnung bringen, weil sie Zweifel säen in den Glauben an die Unabänderlichkeit unserer herrlichen Weltordnung, die aber andererseits den Glauben der Proletarier an den endlichen Sieg ihrer guten Sache stärken. Darum auch umschmeicheln sie jene Elemente aus den Mittel- und Unterschichten, die für die Vorrechte der Oberschichten mit ihrer Person und ihrem Einfluß eintreten. Hier ist der tiefere Grund dafür, daß die Großindustriellen des Ruhrgebiets Arbeitersekretäre wirtschaftsfriedlicher Couleur in den Reichstag wählen, und daß die ostelbischen Junker schlichte Handwerksmeister, die sie sonst gar nicht beachten würden, mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen. Wenn sogar inligente Arbeiter und tüchtige Handwerksmeister ihre Kräfte für Großkapital und Großgrundbesitz einsetzen, so folgern sie, dann muß es sich doch um eine gerechte Sache handeln.

Über diese Logik hat einen Saten: Wenn Ganz- oder Halbproletariat sich von den Herren vor den Wagen spannen lassen, so ist das ein Beweis, daß sie unwissende oder selbstsüchtige Streber sind, die nach Vorteilen ausschauen, wenn aber Leute aus „höheren“ Kreisen die Partei des Volkes ergreifen, so geschieht dies aus idealen Gründen, weil hier im allgemeinen von der Förderung privater Interessen keine Rede sein kann. Dieser wesentliche Unterschied muß wohl beachtet werden, wenn man das geistige Moment im Klassenkampfe verstehen will.

Die Konferenz der Hartgummidrechsler.

Die Konferenz, die am 28. und 29. Dezember im Sitzungssaal des Verbandsvorstandes tagte, war von zehn Städten mit 14 Delegierten besetzt. Ursprünglich war geplant gewesen, die Konferenz gemeinsam mit dem Metallarbeiter-Verband zu arrangieren. Die Anregung hierzu war von der Zentralkommission ausgegangen, und zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen waren Verhandlungen gepflogen worden, wobei beabsichtigt war, die Konferenz bereits am 2. November abzuhalten. In einem späteren Stadium der Verhandlungen äußerte aber der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes Bedenken und schließlich lehnte er eine Beteiligung an einer gemeinsamen Konferenz endgültig ab.

Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß ein Teil der Hartgummidrechsler im Holzarbeiter-Verband, ein anderer Teil im Metallarbeiter-Verband organisiert ist, und daß auch noch der Fabrikarbeiter-Verband Anspruch auf die Kollegen aus diesem Berufe erhob, hat die Tätigkeit der Zentralkommission sehr erschwert. Aus dem vom Kollegen Böber-Cassel erstatteten Bericht der Kommission ergab sich, daß diese sich fortgesetzt bemüht hat, eine Verständigung mit dem im Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen zum Zwecke gemeinsamer Arbeit herbeizuführen.

Die Organisationszerplitterung der verhältnismäßig kleinen Branche der Hartgummidrechsler hat eigenartige Ursachen. Die Gummidrechsler teilen sich in drei Gruppen, von welchen die chirurgische Branche die älteste ist. Die technische Branche ist erst später entstanden, und die Füllfederhalterbranche hat erst in den letzten Jahren einen größeren Aufschwung genommen. Als die Vereinigung der Drechsler, durch deren Verschmelzung mit dem Tischler-Verband und einigen anderen Organisationen bekanntlich im Jahre 1893 der Deutsche Holzarbeiter-Verband entstand, noch eine selbständige Organisation war, bestand kein Zweifel darüber, daß die Hartgummidrechsler zur Organisation der Drechsler gehören. Diese beschränkte ihren Wirkungsbereich auch nicht auf die Holzdrechsler, sondern umfaßte alle Drechsler, gleichviel welches Material sie verarbeiten. Zur Zeit, als die Woge des Kampfes um zentrale oder lokale Organisationen, besonders in Berlin, recht hoch gingen, splitterten sich die Berliner Hartgummidrechsler vom Drechsler-Verband ab. Sie bildeten mit den übrigen Arbeiterkategorien, die an der Herstellung chirurgischer Instrumente beteiligt sind, einen lokalen Fachverein der chirurgischen Branche, der im Jahre 1897 zum Metallarbeiter-Verband übertrat. Seither gehörte der größte Teil der in der chirurgischen Branche beschäftigten Hartgummidrechsler in Berlin zum Metallarbeiter-Verband. Aus dieser Entwicklung der Dinge leitet der Metallarbeiter-Verband seinen Anspruch auf die Hartgummidrechsler ab, den er, außer in Berlin, auch an anderen Orten erhebt. Außerdem stützt er diesen Anspruch auch darauf, daß die Gummidrechsler in der chirurgischen Branche zeitweilig auch Metall verarbeiten. Dieses Moment ist aber nicht ausschlaggebend. Es handelt sich bei den Arbeitern um Drechsler, die, wie es in diesem Gewerbe üblich ist, meist auf Holz gelernt haben und dann ihren Beruf in irgendeinem der vielen und verschiedenartigen Materialien ausüben, die für die Drechslererei in Betracht kommen.

Der Fabrikarbeiter-Verband glaubte auf die Gummidrechsler Anspruch erheben zu sollen, weil die Herstellung und Verarbeitung von Gummi in der Hauptsache das unbestrittene Agitationsgebiet dieses Verbandes ist. Mit dem Fabrikarbeiter-Verband ist inzwischen ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, in welchem die Gummidrechsler als zum Holzarbeiter-Verband gehörig anerkannt wurden. Von verschiedenen Seiten wurde jedoch auf der Konferenz Klage darüber geführt, daß die Funktionäre des Fabrikarbeiter-Verbandes noch öfters den Bestimmungen des Kartellvertrages zuwiderhandeln.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat es lange vernommen, sich an den Grenzstreitigkeiten, die bei anderen Verbänden eine große Rolle spielen, dabei aber dem Organi-

fattonsgebanten an sich wenig förderlich sind, zu beteiligen. Sehr gegen unseren Wunsch ist aber unsere Organisation in den letzten Jahren genötigt worden, diesen Dingen eine größere Beachtung zu schenken. Für die Hartgummibranche hat die Frage der Organisationszugehörigkeit die größte Bedeutung. Sie beherrschte auch gewissermaßen die ganzen Verhandlungen. Nicht nur bei dem Punkt der Tagesordnung: „Ist die Einführung einer Einheitsorganisation von Vorteil für die chirurgische Branche?“ worüber Kollege Herr Loth-Hamburg referierte, sondern auch vorher schon bei dem Bericht der Zentralkommission und den Berichten der Delegierten über die Lage in den einzelnen Orten wurde immer wieder betont, daß es notwendig sei, die Hartgummidrehler im Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammenzufassen. Die Konferenz stimmte einmütig der nachstehenden Resolution zu:

„Die Konferenz erklärt, daß die in der chirurgischen Branche beschäftigten Drehler die engsten Beziehungen zu den übrigen Hartgummidrehlern haben und im eigenen Interesse verpflichtet sind, die Verbindung mit den Drehlern aller Branchen in einer gemeinsamen Organisation anzustreben zu erhalten.“

Da die Organisation der Drehler anerkanntermaßen der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist, so ergibt sich aus vorstehender Erwägung, daß auch für die Drehler der chirurgischen, der technischen und der Füllfederhalterbranche allein der Holzarbeiter-Verband die zuständige Organisation ist.

Aus diesem Grunde richtet die Konferenz an alle Kollegen dieser drei Branchen in allen Städten die Aufforderung, in eine eifrige und stetige Agitation für den Anschluß aller Branchenangehörigen an den Deutschen Holzarbeiter-Verband einzutreten, und erwartet von allen Zahlstellenverwaltungen des Verbandes mit allen Kräften Unterstützung zu werden.“

Um die leidigen Grenzstreitigkeiten zu beseitigen, wurde der Verbandsvorstand beauftragt, mit dem Metallarbeiter-Verband einen Kartellvertrag abzuschließen auf ähnlicher Grundlage wie der mit dem Fabrikarbeiter-Verband abgeschlossene. Die Konferenz stellte sich aber auch auf den Standpunkt, daß die widerwärtigen Begleiterscheinungen, welche die Grenzstreitigkeiten so oft zeitigen, bei uns vermieden werden müssen. Ob und zu welchem Resultat die einzuleitenden Verhandlungen führen werden, läßt sich noch nicht absehen. Bisher haben die Angehörigen der beiden Organisationen in Berlin, das ja hauptsächlich für die Regelung des Verhältnisses zum Metallarbeiter-Verband in Betracht kommt, im allgemeinen gut miteinander gearbeitet. Dieses freundschaftliche Verhältnis muß dauernd bestehen bleiben. Solange noch die Hartgummidrehler der chirurgischen Branche verschiedenen Organisationen angehören, müssen sie die Kleinigkeiten Organisationseifersüchteleien vermeiden. Das Interesse der Branchenangehörigen steht höher. Die Berufsangehörigen beider Verbände mögen sich auch weiterhin zusammensuchen, zur gemeinsamen Wahrung der gemeinsamen Interessen.

Ueber die Frage: „Welche Mittel sind anzuwenden, um die allgemeine Lage der Hartgummidrehler zu verbessern?“ erstattete Kollege Gleitsmann-Leipzig ein ausführliches Referat. Seine Ausführungen fasste er in der folgenden Resolution zusammen, welche von der Konferenz einstimmig angenommen wurde:

„Die Konferenz erklärt, daß die allgemeine Lage der Hartgummidrehler am sichersten gebessert werden kann durch ein geregeltes Vertragsverhältnis, in welchem der Lohn, die Arbeitszeit und die sonstigen Ar-

beitsbedingungen festgelegt sind und nach Möglichkeit auch die Arbeitsvermittlung geregelt wird.“

Die Delegierten verpflichten sich, zur Erreichung dieses Zieles mit allen Kräften für den weiteren Ausbau der Organisation zu sorgen, um die mißliche Lage der Kollegen baldigst einer Verbesserung entgegenzuführen.

Um eine durchgreifende Verbesserung zu erreichen, erachtet die Konferenz es für erforderlich, daß die Organisation in allen Orten und Betrieben derart getätigt wird, daß die in einem Ort erzielbaren Vorteile auch in allen übrigen Orten durchgeföhrt werden können.“

Von den der Konferenz vorliegenden Anträgen wurde ein solcher, der sich gegen die überhandnehmende Verklüftungslästererei wendet, angenommen. Ebenso ein anderer, welcher die arbeitslosen Kollegen verpflichtet, vor der Annahme anderer Arbeit beim Vertrauensmann der Branche oder bei der Lokalverwaltung Erkundigungen einzuziehen. Ein weiterer Beschluß der Konferenz richtet an die Kollegen in allen Orten die Aufforderung, für genügenden Schutz der Gesundheit der Hartgummidrehler zu sorgen. Als Mindestes ist zu fordern: Abzugsvorrichtungen an allen Maschinen, an welchen staub-erzeugende Arbeiten gemacht werden, hinreichende Waschvorrichtungen und Lieferung von Seife; für jede Person muß mindestens ein Handtuch pro Woche gestellt werden. Für Drehler, die Reparaturen gebrauchter Instrumente ausführen, ist das Handtuch öfters zu erneuern. Die tägliche Arbeitszeit muß angemessen verkürzt und die Hausarbeit für alle Hartgummiarbeiter verboten werden.

Als Sitz der Zentralkommission wurde wiederum Cassel bestimmt. Durch einen Beschluß der Konferenz ist den Sektionen an den einzelnen Orten aufgegeben, vierteljährliche Berichte an die Zentralkommission zu liefern. Aber der Verkehr der Zentralkommission mit den Branchenangehörigen an den verschiedenen Orten darf sich darauf nicht beschränken. Die Zentralkommission muß fortgesetzt über alle wichtigeren Vorgänge unterrichtet werden, und sie muß ihrerseits den Sektionen Anregungen geben. Erwünscht ist es auch, wenn die Hartgummidrehler mehr noch als seither die Spalten des Verbandsorgans in Anspruch nehmen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Branchenangehörigen muß dauernd wach gehalten werden, das ist eine wichtige Vorbedingung für die Erfüllung der Aufgaben, die der Organisation gestellt sind. Die Konferenz hat wieder eine Menge von Anregungen gegeben und ihr Zweck ist erfüllt, wenn nicht nur die Teilnehmer der Konferenz, sondern alle Kollegen im Reiche diese Anregungen vertiefen und weiterarbeiten an dem Ausbau der Organisation. — Ein ausführliches Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz wird demnächst erscheinen.

Der paritätische Arbeitsnachweis in Leipzig.

Am Montag, den 22. Dezember, wurde in Leipzig der paritätische Arbeitsnachweis für die Holzindustrie eröffnet. Es ist damit eine Forderung unserer Kollegen verwirklicht, welche von ihnen schon seit etwa zwei Jahrzehnten angestrebt wurde.

In der Hauptsache war es die Branche der Bau- und Möbeltischler, welche in ihren Lohnbewegungen 1896, 1899 und 1904 mit Energie auf die Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises hinwirkte. Bei der Lohnbewegung 1904 wurde jedoch auch schon an den Holzindustriellenverband, welcher nur lokale Bedeutung hatte, die Forderung auf Errichtung eines gemeinsamen Nachweises gestellt. Die Ursache, daß das Verständnis für die Arbeitsnachweisfrage schon so frühzeitig bei den Kollegen gewekt und gefördert wurde, ist in der Hauptsache auf die Tätigkeit des bis An-

fang der neunziger Jahre bestandenen Nachweises der Tischlerinnung zurückzuführen.

In diesem Arbeitsnachweise wurde in noch ärgerer Weise, als es heute teilweise die Nachweise der Scharfmacher treiben, mit Berufserklärungen und Schwarzem Listen gearbeitet. Die ehrbaren Tischlermeister der damaligen Zeit hatten die Einrichtung getroffen, wonach jeder Unternehmer dem Arbeitsnachweis Meldung machte, wenn so ein Kerl von Geselle es unternahm, für die Organisation zu wirken oder besseren Lohn und Behandlung zu fordern. Nun muß man sich dabei in die Zeit zurückversetzen, wo der ehrbare Meister noch den Vormittag zum Frühstück brauchte und dann eventuell die dadurch gehobene Stimmung bei Rückkehr in die Werkstatt von den Gesellen, durch Forderung eines besseren Akkordpreises oder des rückständigen Lohnes, vererbt wurde. Sel, wie trat dann unser Meisterlein auf! Der freche Kerl muß raus, das habe ihm in der Zeit seiner ehrbaren Meisterschaft noch keiner gesagt, die Faulenzer wollen bloß noch Sonnabends ihr Geld holen, aber nichts arbeiten usw. Das war so das Mindeste, was bei solchen Vorgängen folgte.

War der Geselle entlassen, dann flugs an den Nachweis ein paar Zeilen durch den Lehrbuben oder man ging selbst zum Sprechmeister, um mit Entrüstung Genugtuung für die beleidigte Meisterwürde zu fordern. Wie der Sprechmeister seine Aufgabe erfüllte, darüber gibt uns ein Originalbuch dieses Nachweises, welches sich in unserem Besitz befindet, die beste Auskunft. Hier ein Beispiel für eine Eintragung:

„Der Tischlermeister S. meldet, daß der Tischlergeselle M. ein Heher und Wüßler ist. Seine Leistungen sind minderwertig, aber Sonnabends kann er nicht genug Lohn verlangen.“

Ähnliche Eintragungen finden sich zu Dutzenden in dem Buch. Von diesen Dingen erhielten unsere Kollegen erst viel später Kenntnis, aber sie merkten sehr schnell nach ihrer Entlassung, daß sie auf der Schwarzen Liste standen. Derweise waren dafür natürlich, so gut wie auch heute noch in vielen Fällen, nicht zu erbringen.

Die Entwicklung der Organisation ging Ausweg der neunziger Jahre sprunghaft vorwärts; die Lohnbewegungen 1896 und 1899 wurden fast ohne Streit mit gutem Erfolg beendet; wurde auch der Verbandsarbeitsnachweis nicht schriftlich anerkannt, so konnte doch verzeichnet werden, daß die Mehrzahl der Arbeitgeber durch unseren Nachweis mit Arbeitskräften versorgt wurde.

Mit dem Anschluß des örtlichen Holzindustriellen Verbandes an den Arbeitgeber-Schutzverband, der Errichtung einer Geschäftsstelle und der Anstellung eines Sekretärs im Jahre 1904 trat in der Arbeitsnachweisfrage wieder eine Wendung zu ungunsten der Arbeiter ein. Es waren jetzt die größeren Unternehmer, besonders einige der Mühlindustrie, welche Wert darauf legten, den Nachweis völlig in ihre Hände zu bekommen. Durch Organisationsbeschlüsse und Strafandrohungen bei den Innungsmeistern wurde verlangt, daß die Betriebe ihre Arbeitskräfte nur durch den Unternehmensnachweis beziehen.

Der Schutzverband war zu dieser Zeit jedoch noch nicht so stark, daß er seinen Einfluß auf die Mehrzahl der Betriebe ausüben konnte und unser Verband sorgte dafür, daß die Kollegen bei der Befehung freigewordener Stellen doppelten Eifer zeigten. Die Entwicklung des Unternehmensnachweises wurde dadurch schon in der ersten Zeit unterbunden und wenige Monate nach seinem Entstehen kam es schon zum offenen Kampf.

Im Jahre 1904 wurde für die Bau- und Möbeltischler ein Vertrag abgeschlossen, in dem die Arbeitsnachweisfrage durch einige Bestimmungen mit behandelt wurde. Es war darunter, daß bei Differenzen die Vermittlung ruht, bis die Schlichtungskommission entschieden hat. Als nun der damalige Vorsitzende des Schutzverbandes im Mai 1905 selbst Vertragsbruch beging und die Schlichtungskommission betagte, weil die Unternehmer das Vorgehen ihres Vorstehenden nicht als Tarifbruch ansahen, vermittelte der Nachweis trotz unseres Einspruches an diese Firma ruhig weiter. Der

Ein böser Reinfall

oder das betrübliche Ende einer Agitationstour.

Es sind schon ein paar Jahre darüber verfloßen, aber wenn ich daran denke, juckt es mich noch am ganzen Leibe. Ich war vom Verbandsvorstand nach Oberschlesien geschickt worden, um dort einige Wochen lang für die Ausbreitung unserer Organisation zu wirken. Eine sehr dankbare Aufgabe, denn Berufsgenossen gibt es dort eine ganze Menge. Mit hochgeschwellter Brust reiste ich ab, welcher Triumph, wenn es mir gelingen würde, um was sich so viele andere schon vergeblich bemüht haben: die ober-schlesischen Holzarbeiter in Reihen dem Verbandszuge zuföhren!

Die Sache machte sich auch anfangs ganz häßlich. Ich versorgte Versammlungseinladungen, verteilte sie an den Foren der Fabriken, ich hielt Versammlungen und Besprechungen ab und fand auch Anhang bei den Kollegen. Es sind viele brave Leute darunter, und im allgemeinen sind die Oberschlesier viel besser als ihr Ruf. Die Gegend, in die ich verschlagen war, bietet auch vieles Interessante. Dem Raucherwärmer, der in romantischer Umgebung Erholung frucht, würde ich allerdings empfehlen, lieber an den Rhein oder nach Oberschwaben zu gehen, wenn das Kleingeld zu einer Reise nach der Riviera nicht reichen sollte. Sehr sauber sieht es hier nicht aus, aber das kann man in der Nachbarschaft der Kohlengruben, der Eisenhütten und der Erzwerte nicht verlangen. Dagegen hat man Gelegenheit interessante Reinfälle zu beobachten. Hier, wo die drei Reiche zusammenstoßen, wo ein kleines Flözchen unter letzteres Österreich von Desterreich und Rußland überhet, sieht man sich bereits an der Grenze Italiens.

Die Sehnsucht nach der Fremde wird mächtig wach, man möchte die Grenzspähle doch auch einmal von der anderen Seite aus erleben möchte das Leben und Treiben im Ausland aus nächster Nähe betrachten. Nach Desterreich zu kommen, ist eine kleine Schwierigkeit. Man kann täglich ganze Korben von Frauen und Kindern beobachten, die hart und spröde, mit gerissenen Kleidern über die Brücke gehen, die Deutschland mit Desterreich verbindet. Am jenseitigen Ufer des Flusses ist eine kleine Budenstadt aufgebaut, in der man Fleisch, Brot und andere Nahrungs-

mittel viel billiger haben kann als in unserer teuren Heimat. Der Zollner am Brückensteig notiert die eingeföhrteten Waren, die bis zu einer gewissen Menge zollfrei eingebracht werden dürfen; der Fremdling, der ohne Gepäd die Grenze passiert, hat für ihn kein weiteres Interesse.

Anderer an der Brücke, die nach Rußland führt, und die von zwei härtebigen Kosaken besetzt wird. Wer an diese Höllenhunde gerät und nicht im Besitze eines Passes ist, der kann etwas erleben. Ich fürchtete mich aber nicht; warum auch? Ich hatte ja einen Paß, als ich die verhängnisvolle Brücke betrat. Er war freilich nur geliehen, aber er war echt, und ich hatte mir nicht wenig Mühe gegeben, den polnischen Namen auszusprechen zu lernen, den ich mit dem Paß für den Auszug in das Reich des Jaren beigelegt hatte. Wohlgemut und voller Erwartung überschritt ich eines Morgens die verhängnisvolle Brücke. Ich hatte nicht viel Zeit — abends sollte ich ja wieder in einer Versammlung referieren —, die paar Stunden in Rußland wollte ich jedoch gründlich ausnützen. Mein Aufenthalt dehnte sich aber länger aus als ich dachte. Ich habe in Rußland manche interessante Erfahrung gesammelt, aber anderer Art, als ich mir hätte träumen lassen.

Die Kosaken an der Grenze taten mir nichts, sie wiesen mich stumm in das Nachtlolal, wo, wie mir gesagt worden war, mein Paß gestempelt werden sollte. Der Kerl hatte aber damit keine Eile; er besah das Papier von allen Seiten, stellte verhängliche Fragen und schließlich — jaß ich in der Tinte. Ich mußte beichten, daß ich gar nicht der rechtmäßige Besitzer des Passes sei.

Das kann gut werden, dachte ich, und vor meinem geistigen Auge erschienen die Eisfelder Sibiriens. Ich wurde auch gleich forttransportiert. Man hatte bei der Leibesvisitation Geld gefunden. Ist der Besitz von Bargeld schon an sich eine angenehme Sache, so ist das im Vergleich mit russischen Beamten ein ganz unentbehrlicher Talisman. Dank meiner Kroneten brauchte ich auch nicht zu Fuß weiter zu reisen; es wurde ein Wagen requiriert — Kostenpunkt: vier Rubel aus meiner Tasche — und fort ging es in dem vorhin-kutischen Gefährt auf holprigen Wegen.

Unterwegs erfuhr ich durch den Fuhrmann, der mit als Dolmetsch diente, daß es zum Landrat v. Mirbach ginge.

Dieser traute, ostelbische Name weckte neue Hoffnungen in mir. Wenn ich mit dem Sprechen könnte, dann würde ich wohl bald entlassen werden und ich käme noch rechtzeitig zu meiner Versammlung. Ich trieb den Fuhrmann zur Eile, um nur recht bald den Herrn Baron von Angesicht zu Angesicht gegenüberzutreten zu können.

Der Aufenthalt im Landratsamt währte nicht lange — den gestrengen Herrn Landrat habe ich nicht zu sehen bekommen. Unter der Führung eines schwer bewaffneten Kosaken machte ich eine Promenade durch die schmutzigen Gassen der russischen Kreisstadt Bendzin. Für die Sehenswürdigkeiten, sofern es solche dort gibt, hatte ich kein Auge, mich interessierte nur das Ziel der Wanderung. Darüber blieb ich nicht lange im Zweifel. Auf ein altes, schmutziges Haus steuerten wir zu, dessen vergitterte Fenster über seine Zweckbestimmung keinen Zweifel ließen. Die Tore taten sich mir auf — und ich war in einem Kitzchen; einem echten kaiserlich-russischen Kitzchen!

Ein Deserteur war mein Zellengenosse. Er sprach Deutsch und Russisch und konnte mir manche gute Ratsschläge erteilen. Wertvoller war mir aber der Besitz von Geld, das mir nicht nur den unfreiwilligen Aufenthalt in Rußland erträglich machte, sondern auch den Verkehr mit der Außenwelt ermöglichte. Die russischen Gefängnisbeamten, und die anderen Beamten noch mehr, sind für „Datschisch“ außerordentlich empfänglich. Für mein Geld konnte ich nicht nur Tabak und Lebensmittel kaufen, ich konnte mich auch rufieren lassen, freilich mit einer Klinge, deren Beschaffenheit lebhaft an ein Zahnhoheleisen erinnerte. Wichtiger war es, daß der durch metallische Händedrücke gefügig gemachte Aufseher sich als Postbote zur Verfügung stellte, mir Postkarten ein- und vollaufgeschriebene wieder hinausgeschmuggelte. So erfuhren wenigstens die Kollegen jenseits der Grenze, was aus dem verunglückten Agitator geworden war.

Im übrigen war der Aufenthalt in der russischen Versorgungsanstalt nichts weniger als angenehm. Die Erlaubnis zu rauchen und Tee zu trinken kann über das Elend der Zelle nicht hinweghelfen. Biel Mobiliar gibt es hier nicht, aber alles was man sieht, ist unfählich schmierig. Ein Strohsack war die Lagerstatt. Dide Strohsackdecken bedeckten ihn, sein Inhalt war völlig vermürbt und bot einen vor-trefflichen Nährboden für allerlei Tierchen, die sich mir,

Warnung vor Zugul

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beiläufigt sein.)

- Zugul ist fernzuhalten von:
 - Essiglern, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Czerny, Großhirsdorf (Eisfabrik Menzel), Gusum (Möbelfabrik), Schönwald im Fichtelgebirge, LorgeLOW, Wilkau in Sachsen, Assen in Holland.
 - Stahlbauern und Holzerern** nach Wilkau i. Sa.
 - Bergolben, Grundlerern, Verzierern und Farbmalern** nach Olattbrugg bei Alrich (Ostern).
 - Stellmachern** nach Frankfurt a. M. (Hoyer u. Graupner, Karofferie- und Luxuswagenfabrik).
 - Werkarbeitern** nach Humund bei Regesad.
 - Schirmmachern** nach Breslau (Schirmfabrik A. Chermann u. Co.)
 - Korbmachern** nach Kristiania in Norwegen.

Vertragsbruch ist dann dem Schutverband gerichtlich bestätigt worden. Dr. Stoll hatte unseren Bevollmächtigten wegen öffentlicher Beleidigung verklagt, aber die Gerichtsverhandlung nahm sowohl für Dr. Stoll als auch für den Schutverband einen kläglichen Ausgang. Unser Bevollmächtigter wurde freigesprochen und der Richter sagte, daß die Handlung des Herrn Dr. Stoll mit dem deutschen Wort Vertragsbruch richtig gekennzeichnet sei.

Diese Vorgänge hatten zur Folge, daß der Unternehmer nachweis gesperrt und diese Sperre mit großer Wirksamkeit durchgeführt wurde. Durch das Eingreifen der Zentralvorstände, welche je ein Mitglied zu Verhandlungen delegierten, wurden dann weitere Garantien geschaffen, solche Vorgänge für die Zukunft zu verhüten. Der vertragsbrüchige Vorsitzende erklärte darauf seinen Austritt aus dem Schutverbande.

Durch die Vertragsbewegung und Verhandlungen im Jahre 1907 ist dann die Lösung der Arbeitsnachweisfrage zum Gegenstand der Erörterung der Zentralvorstände überwiesen worden, und wurde deshalb unsere Forderung des gemeinsamen Nachweises zurückgestellt. Es wurden in dem Vertrag 1907-1910 wieder Bestimmungen aufgenommen, welche lediglich auf die Eintragung und Vermittlung der Nachweise beider Verbände hinwiesen und als Bescheidinstanz die Schlichtungskommission vorsahen. In dieser Vertragsperiode mußten wiederholt Fälle von der Schlichtungskommission behandelt werden, welche als Maßregelungen aufzufassen waren. Die Kollegen wurden wohl durch den Nachweis vermittelt, aber vom Arbeitgeber ohne jeden Grund abgelehnt. Es traf dies meist für Kollegen zu, welche in der Organisation tätig waren, und es war anzunehmen, daß die Unternehmer nur durch den Nachweis über die Tätigkeit des Betroffenen unterrichtet wurden.

Auch bei der Vertragsbewegung 1910 wurde es den Leipziger Kollegen nochmals unmöglich gemacht, den der ganzen Entwicklung nach, nunmehr fälligen paritätischen Nachweis durchzuführen. Waren es bisher nur die Bau- und Möbelschlichter, welche unter Vertragsverhältnis standen, so kam in dieser Periode die Mustikgruppe mit hinzu, welche sich mit allen Kräften nochmals gegen den geforderten Nachweis stemmte und sich besonders darauf berief, daß die Verständigung über das Regulativ zwischen den Verbänden noch nicht erzielt sei.

Es wurde jedoch erreicht, daß die prinzipielle Gegnerschaft der Unternehmer gebrochen und in den Vertrag eine

Lehr gegen meinen Willen, sofort anfreundeten und eine Unhänglichkeit bewiesen, die mir manchen Blutstropfen kostete.

Das Gefängnis war stark belegt und verschiedene meiner Leidensgenossen weckten mein lebhaftes Interesse. Da saßen Schuldige und Unschuldige, Gesunde und Kranke; auch Frauen und Kinder bewohnten die jämmerlichen Zellen, in welchen es Tag und Nacht keine Ruhe gab. Ich war nicht der einzige, der Nachts öfters Lauschtritt in der Zelle machte, um die frosterstarrten Glieder zu beleben.

Inzwischen hatte man sich draußen um mich bemüht. Meine Erretter aus den Klauen des Zarenismus hatten ein schweres Stück Arbeit zu leisten, bis sie zu den Toren meines Kerlers vorgezogen waren. Die hundert Rubel Kaution, welche die russischen Schergen forderten, wurden hinterlegt; aber damit war ich noch nicht frei. Meine Freunde mußten noch manchen Weg in den russischen Amtsstuben zurücklegen, und eine schöne Summe von Rubeln mußte noch rollen, ehe sich mir die Tore des Gefängnisses und des russischen Reiches öffneten.

Als ich den deutschen Boden betrat, war ich abgebrannt wie eine Kirchenmaus. Der Wammon, mit dem ich Rußland betreten hatte, war in Bäterchens Reich geliebt und hatte zur Aufbesserung der Gehaltsbezüge der russischen Beamten beigetragen. Als Ersatz hatte ich eine zahlreiche und anhängliche Kolonie russischer Reichskäfer mitgenommen, außerdem hüßige Tierchen, von denen ich mich nur durch einen energischen Prozeß befreien konnte.

Einundeinhalb Jahre später erhielt ich eine Einladung zu einem erneuten Besuch in Rußland. Wegen meines Passvergehens sollte ich mich vor dem russischen Gericht verantworten. Ich hatte aber an dem einen Male genug und blieb zu Hause. Trotzdem wurde ich zu drei Monaten verurteilt; die habe ich aber den Russen geschenkt.

Am meisten aber hat es mich geärgert, daß meine Agitationstour in Oberschlesien ein so beachtliches Ende nahm und daß meine Hoffnung auf Erfolg und Ruhm so jäh gelindert wurde. Meine Sehnsucht, russische Zustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen, ist im vollen Maße befriedigt. Und sollte ich je wieder einmal in die Nähe der russischen Grenze kommen — keine zehn Gänge bringen mich hinüber. H. E.

Bestimmung aufgenommen wurde, welche besagt, daß, wenn in der Vertragsperiode eine Verständigung über die Arbeitsvermittlung erzielt würde, auch für Leipzig der paritätische Nachweis errichtet werden sollte.

Als nun die Vertragsbewegung 1911 und 1912 sowie auch der Kampf in Hamburg weitere Fortschritte für die paritätischen Nachweise zeitigte, erinnerten die Leipziger Kollegen den Schutverband an diese Bestimmung und forderten, unter Hinweis auf die Mitarbeit der Zentralvorstände bei diesen Abschlüssen, die Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Der Schutverband bestritt unsere Auffassung und verwies darauf, daß die Generalversammlungen der Verbände erst die Abmachungen der Vorstände sanktionieren müßten. Unser Vorgehen zeitigte jedoch im Mai 1912 eine weitere Vereinbarung über ein Regulativ für die Arbeitsnachweise, welches in seinen Bestimmungen den bestehenden paritätischen Nachweisen völlig entsprach.

Erst der Schiedspruch bei der Vertragsbewegung 1913, der ja besonders auf Drängen der Leipziger in dieser Frage mitgestimmt wurde, brachte endlich die Entscheidung in der Arbeitsnachweisfrage. Wer aber glaubte, daß nach der ganzen Entwicklung der Frage der Schiedspruch für die Leipziger Unternehmer keine Überraschung mehr bringen würde, der konnte sich bald überzeugen, daß in diesen Reihen die Gegnerschaft gegen diese Einrichtung noch längst nicht überwunden ist. Vor der Bekanntgabe des Musteregulativs war eine örtliche Verhandlung in dieser Frage überhaupt nicht möglich; trotzdem im Vertrag nunmehr die Errichtung des Nachweises vorgesehen war. Auch die Schwierigkeiten über die Gestaltung des örtlichen Regulativs mußten erst in zahlreichen Sitzungen überwunden werden. In der Hauptsache waren es die Vertreter der Mustikindustrie, welche in der Vermittlung weitgehende Freiheit für ihre Betriebe zu erreichen suchten. Sie forderten fast für alle Spezialbranchen das Zugulstandnis, Arbeiter ohne Mitteilung an den Nachweis einstellen zu können. Da die örtlichen Parteien in dieser Frage zu keiner Verständigung kamen, wurden die Vertreter der Zentralvorstände berufen. Ein Resultat konnte dabei jedoch auch nicht erzielt werden, es wurden nur die beiden örtlichen Verbandsvorsitzenden beauftragt, nochmals zu versuchen, eine Fassung für die strittige Frage zu finden.

Die weiteren Verhandlungen führten dann zu folgender protokollarischer Vereinbarung: „Für die Mustikindustrie soll die Einstellung von Spezialarbeitern, wie Ueberpolierer, Zusammenleger, Intoneure, Ausarbeiter, Stimmer und Orgelbauer, auch ohne Meldepflicht erfolgen können.“ Die Verständigung über die protokollarische Vereinbarung wurde dadurch erleichtert, daß die Unternehmer wiederholt erklärten, nur in Ausnahmefällen davon Gebrauch zu machen und sie sich auch protokollarisch mit den Ausführungen des Herrn Rahardt in dieser Sache einverstanden erklärten, wonach in erster Linie die ortsanässigen Branchenangehörigen berücksichtigt werden.

Für die weitere Beurteilung der Arbeitsvermittlung für diese Spezialarbeiter kamen vor allen Dingen die bisherigen völlig unregelmäßigen Verhältnisse in einer Anzahl großer Industriestädte dieser Branche mit in Betracht. Es wird nun Sache der Kollegen aller Orte sein, die Leipziger Mustikarbeiter in der vollen Anerkennung des Arbeitsnachweises zu unterstützen und bei eventuellen Arbeitsangeboten nach Leipzig sich erst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, ob die Unternehmer auch die ihrerseits übernommene Verpflichtung erfüllen.

Nachdem so die Schwierigkeiten überwunden waren, wurde von den Verbänden eine Eingabe an die städtische Körperschaft gemacht und darum ersucht, geeignete Lokalitäten kostenlos für die Arbeitsvermittlung zu überlassen. Dem ist auch entsprochen worden und sind die Räume, welche sich in einem städtischen Hause, Mlinzgaß 24, befinden, renoviert und von uns übernommen worden. Die Eröffnung des paritätischen Nachweises erfolgte unter Anwesenheit von Vertretern der Schlichtungskommission beider Verbände und etwa 400 arbeitslosen Kollegen. Der Vertreter des Schutverbandes, Herr Grosch, wünschte, daß die geschaffene Einrichtung sich im Interesse beider Parteien entwickeln möge, bisher beklagte Mißstände dadurch beseitigt würden, und er hoffe, daß es bald gelingen möge, den zahlreichen arbeitslosen Gelegenheiten zur Betätigung zu geben. Der Bevollmächtigte unseres Verbandes, Kollege Gerike, wünschte namens des Verbandes, daß das geschaffene Werk das ihm entgegengebrachte Vertrauen auch rechtfertigen möge. Er besprach in kurzen Zügen die Kämpfe um den Arbeitsnachweis und wies daraufhin, daß die eingeschlagene Vertragspolitik der Verbände notwendigerweise auch zur Lösung der Arbeitsnachweisfrage führen mußte. Zum Schluß gab er der Erwartung Ausdruck, daß sich der paritätische Arbeitsnachweis das Vertrauen beider Teile erlangen und er im Interesse der Arbeitslosen und des Gewerbes sich weiter entwickeln möge.

Soziales.

Die öffentliche Arbeitslosenfürsorge

macht nur recht langsam Fortschritte. Zwar sind in letzter Zeit in mehreren Gemeinden Kommissionen zum Studium dieser Frage eingesetzt worden, aber es wurden dabei nur geringe praktische Ergebnisse gezeitigt. Trotzdem auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System schon jahrelange Erfahrungen einzelner Gemeinden vorliegen, schüben andere immer noch die Neuheit vor. Zumeist ist aber der Widerstand weniger auf die „unübersichtbare Tragweite“ der zu fassenden Beschlüsse zurückzuführen, als auf die Abneigung, für die Arbeiter mit Gemeindegeldmitteln einzuspringen und gar dabei mit den so unsympathischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Gerade hierbei zeigt sich die außerordentliche Einwirkung des Wahlrechts auf die Haltung der öffentlichen Körperschaften in sozialen Fragen. In Preußen, wo in den meisten Provinzen auch die Gemeinden unter dem Fluch des Dreiklassenwahlrechts schmachten, sind die Fortschritte auf sozialem Gebiet am geringsten. Vom Staate ist hier in der Arbeitslosenfürsorge vorläufig gar nichts zu erwarten. Von den Städten ist Schöneberg bisher die einzige Stadt mit dem Genter System geblieben, während Berlin ein besonderes System pflegt. Am weitesten sind in dieser Beziehung die süddeutschen Staaten vorgeschritten, die über ein gerechteres Wahlrecht in Staat und Gemeinde verfügen.

Neuerdings sind es denn auch wieder lediglich zwei süddeutsche Städte, die auf diesem Gebiete vorgegangen sind. Davon hat Heilbronn allerdings den Arbeitslosen nur einen Wechsel auf die Zukunft angeschlossen. Unter der (vorläufig noch nicht erfüllten) Voraussetzung, daß der Staat die Hälfte der Kosten trägt, ist beschlossen, Zuschüsse an Mitglieder von Berufsvereinigungen mit Arbeitslosenunterstützung und Unterstützung an Mitglieder von Berufsvereinen ohne Arbeitslosenunterstützung, ebenso an nicht organisierte arbeitslose Arbeiter zu gewähren. Der städtische Zuschuß für männliche Arbeitslose von Berufsvereinen mit Arbeitslosenunterstützung soll für den Tag 60 Pf., für weibliche Arbeitslose 40 Pf. betragen. Der Zuschuß wird nur an solche Arbeitslose bezahlt, die mindestens ein Jahr in Heilbronn wohnen und keine Armenunterstützung beziehen. Der Zuschuß wird nur für 80 Tage innerhalb eines Jahres gewährt. Diefelbe Unterstützung bekommen Arbeitslose, die einem Berufsverein ohne Arbeitslosenunterstützung oder keinem Berufsverein angehören.

Im Dezember hat auch der Magistrat von Frankfurt a. M. eine Vorlage veröffentlicht, die in einer Rückversicherung nach dem Kölner System gipfelt. Die Versicherten werden in vier Gefahrenklassen eingeteilt. Die Gewerkschaften zahlen Wochenbeiträge von 2, 5, 10 und 15 Pf. und erhalten deren Mitglieder halbiert einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung von 1 Mk. täglich, höchstens 60 Mk. im Jahre für Ledige, 1,20 Mk. höchstens 100 Mk. für Verheiratete. Selbstversicherer (unorganisierte) erhalten bei 10 bis 45 Pf. Wochenbeitrag die gleichen Tagesätze, höchstens jedoch 50 bzw. 80 Mk. Ob die Vorlage in dieser Form Gesetz wird, bleibt abzuwarten.

Der Landtag von Sachsen-Altenburg hat einem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, durch den die herkömmliche Staatsregierung ersucht wird, für den Wirtschaftsjahr 1914 bis 1916 jährlich bis zu 15 000 Mk. aus den Beständen bereitzustellen, um den Gemeinden bis zu 50 Prozent ihrer Aufwendungen für außergewöhnliche Arbeitslosenunterstützung zurückzuerstatten. Ferner soll die Regierung die Errichtung neutraler und paritätisch geleiteter Arbeitsnachweise, verbunden mit einer Zentralstelle, weiter tatkräftig unterstützen.

Während alle diese Beschlüsse zunächst nur Zukunftsmuß bedeuten, von denen der Magen der gegenwärtig dabbenden Arbeitslosen nicht satt wird, sind einige wenige Gemeinden inzwischen auch zu einem Versuch tatkräftiger Hilfe übergegangen, wenn auch im allgemeinen wenig genug dabei herausgekommen ist. So hat zum Weihnachtsfest die Stadt Kirchhain in Bayern 10 000 Mk. zur Verteilung gebracht, wobei 1068 Arbeitslose und 82 notleidende Gewerbetreibende je 5 bis 8 Mk. und pro Kind 1 Mk. erhielten. Außerdem ist dort für das Jahr 1914 ein Betrag von 7500 Mk. in den Haushaltsplan eingestellt, um eventuell durch eine Arbeitslosenunterstützung am bayrischen Staatszuschuß Anteil zu haben. Die Stadt München hat einen Wohltäter gefunden, der 10 000 Mk. zur Verfügung stellte, die dann durch die Gewerkschaften verteilt wurden. Aus städtischen Mitteln ist dort diesmal noch nichts getan worden. Recht bescheiden sind auch die Leistungen der sächsischen Industriestadt Zwickau, deren Rat zur Unterstützung der Arbeitslosen, die nicht im Bergbau arbeiten können oder sonst anderweit nicht untergebracht werden können, ganze 600 Mk. unverbraucher Stützungs- und Ratverfügungsgelder zur Verfügung stellte. Die Unterstützung ist dort auf 1 Mk. pro Tag und 25 Pf. pro Kind in Aussicht genommen.

Die einzige Stadt, die in den letzten Monaten eine dauernde Arbeitslosenfürsorge eingerichtet hat, ist Heilbronn, wo mit dem 1. Januar 1914 eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Mannheimer Muster eingeführt ist. Alle ein Jahr in Heidelberg ansässige Arbeiter erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung aus Gemeindegeldern von 70 Pf. bis zu 1 Mk. pro Tag. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird die städtische Unterstützung durch die Gewerkschaften ausbezahlt, während die Nichtorganisierten die Unterstützung auf dem städtischen Arbeitsamt abheben. Die Nichtorganisierten brauchen Beiträge in eine städtische Versicherungsanstalt nicht zu zahlen; dagegen sind für sie die statistischen Bestimmungen zum Bezuge der Unterstützung in Rücksicht auf die schwierigeren Kontrollmöglichkeiten schärfer abgefaßt als jene, die für die organisierten Arbeiter maßgebend sind. Die Annahme dieser städtischen Vorlage im Bürgerausschuß hält man für gesichert.

In Berlin, wo die Arbeitslosigkeit schon lange riesige Dimensionen angenommen hat, wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Bereitstellung von 500 000 Mk. für die Arbeitslosen einem Ausschuß zur Vorberatung überreicht und weiß man zurzeit nicht, ob der Antrag ein Übersehen feiern wird. Dagegen hat in den Groß-Berliner Vorortgemeinden verschiedentlich der moralische Einfluß der Arbeitervertreter die bürgerlichen Mehrheiten veranlaßt, wenigstens einige Konzessionen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge zu machen. Die Form der Unterstützung ist aber dabei eine recht unterschiedliche, zumeist handelt es sich um eine einmalige Unterstützung, für die in den einzelnen Kommunen 2000 bis 5000 Mk. bewilligt wurden. Neukölln, das ehemalige Rixdorf, mit seiner starken Arbeiterbevölkerung, schlang sich zu ganzen 10 000 Mk. auf. Ein sozialdemokratischer Antrag auf 50 000 Mk. verlief der Ablehnung. Das Anrecht auf diese Unterstützung ist von einer achtwöchigen Arbeitslosigkeit abhängig.

Etwas weiter gehen die Maßnahmen der Vorortgemeinden Britz, Johannisthal und Trepow, die das Prinzip einer laufenden Beihilfe anerkannt. Die dabei erreichte Höchstleistung ist eine sechswöchige Unterstützung von je 6 Mk. für Ledige und 10 Mk. und 1,50 Mk. pro Kind für Verheiratete, die nach vierwöchiger Arbeitslosigkeit beginnt. Eine Unschönheit haftet aber den meisten dieser Unterstützungen noch an; sie werden in der Form verzinslicher Darlehen gewährt, die rückzahlbar werden, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Nehmers „wesentlich gebessert“ haben. In der Regel dürfte das ja, wenn überhaupt, so erst in sehr langer Zeit eintreffen. Jedenfalls wird es auf die Handhabung dieser Bestimmungen ankommen, ob diese Form der Unterstützung, die eine Sicherung gegen etwaige armenrechtliche Folgen bietet, als lästig zu bezeichnen ist.

Immerhin bleibt bei diesen Maßnahmen als Erfolg bestehen, daß die Verpflichtung der öffentlichen Körperschaften zum Eintreten für die Opfer der Arbeitslosigkeit anerkannt und damit der Weg zu einer allgemeinen Fürsorge gebahnt wird. Für das Genter oder ein ähnliches System hat sich aber noch keine der Groß-Berliner Gemeinden, mit Ausnahme Schönebergs, gefunden. Sie haben zwar in einer Konferenz die Arbeitslosenversicherung als das geeignetste Mittel zur Linderung der herrschenden Misere festgestellt und sind sich auch darüber einig, daß für Gemeinden nur das Genter System in Frage kommen könne, aber — dieses schließt einen Teil der Arbeiterschaft aus, und dann käme auch eine Einzelnheit von den vielen beteiligten Gemeinden das ganze Unternehmen in Frage stellen, indem sie nicht mitmachen. In diesem Falle würden aber deren Arbeitslose in die anderen Gemeinden abwandern. Diese Furcht ist unbegründet, denn wenn wirklich Willenskolonnen, wie z. B. Grünwald, dabei zurückstehen, so haben diese eben keine Arbeitslosen abzugeben. Dann aber sprechen für die Verwirklichung des Wohnortes innerhalb der Groß-Berliner Gemeinden doch auch noch andere wichtige Faktoren mit, als gerade das Vorhandensein einer Arbeitslosenversicherung. Jedenfalls wäre bei alledem, gutem Willen die Frage auch hier leicht zu lösen. Statt dessen hat sich jene Konferenz auf eine Petition an den Reichstag auf reichsrechtliche Einführung der Arbeitslosenversicherung geeinigt, die den Vorteil hat, daß sie den Petenten zunächst nichts kostet. Wenn diese Regelung zweifellos auch unser Ideal ist, so bietet sie doch im Augenblick den Arbeitslosen wenig Trost. Ihnen nützt nur schleuniges Handeln. Die noch immer im Steigen begriffenen Ziffern der Arbeitslosigkeit zeigen aber, wie dringend nötig ein sofortiges Eingreifen der öffentlichen Fürsorge ist. Die Arbeiterschaft darf deshalb nicht erlahmen, den bürgerlichen Mehrheiten der Staats- und Gemeindepardamente das Gewissen zu schärfen und sie immer wieder auf diese Wunde in unserem Wirtschaftsleben hinzuweisen. Die allgemeine öffentliche Arbeitslosenversicherung muß und wird kommen.

Nützliche Elemente. Der Schutz der Streikbrecher wird von unserer Justiz gegenwärtig mit einem ganz besonderen Eifer betrieben. Fast täglich bringen die Zeitungen Berichte von fürchterlichen Strafen, die über ehrliche Arbeiter verhängt wurden, die es wagten, ein solches nützliches Element schiel anzusehen. Trotzdem schreien unsere Scharmacher unangenehm nach neuen Gesetzen, um diese Sorte von Menschen noch kräftiger zu schützen. Wer keine Kenntnis von der Qualität der Streikbrecher nur aus den Schriften der Scharmacher schöpft, könnte leicht zu der Meinung kommen, daß es sich um wahre Unschuldslammer handelt, die kein Wasserlein trüben können. In Wirklichkeit sind aber die sogenannten „nützlichen Elemente“ meist recht dunkle Ehrenmänner. Passiert es doch nicht selten, daß sich schwere Verbrecher, um sich vor dem Zugriff der verfolgenden Justiz zu schützen, den Streikbrecherkarriere widmen, in der Überzeugung, daß sie in dieser Eigenschaft des ganz besonderen Schutzes der hochmögenden Polizei sicher sind.

Das Wort: Wir Streikbrecher können angefaßt einen „tollkühnen“ ist bereits sprichwörtlich geworden, und daß es hochschätzbar wahr ist, haben einige Urteile aus der letzten Zeit bestätigt. Wurde doch der Streikbrecher Aupper, der am 18. September 1912 in Burg bei Magdeburg den Schürmacher Frische ermordet hat, freigesprochen, und auch an dem Streikbrecher Brandenburg, der am 4. Juni in Frauendorf den Arbeiter Köhl ermordet hat, fand das Gericht kein Fehl. Wenn die Gerichte an einem Mord, der von einem Streikbrecher gewissermaßen in Ausübung seines Berufes begangen wird, nichts auszusagen finden, dann ist nur zu begreiflich, daß solche Durchsicht jede Achtung vor dem Menschenleben verlieren und ihren Mordgelüsten ungehindert freien Lauf lassen.

In neuerer Zeit sind mehrere von berufsmäßigen Streikbrechern begangene Mordtaten bekannt geworden und zur gerichtlichen Aburteilung gelangt. Am 19. August hat der Tischler Bengsch, ein berufsmäßiger Streikbrecher, in Berlin seine Geliebte, eine Frau Adam, ermordet. Er wurde wegen Totschlages zu vier Jahren und einer Woche Gefängnis verurteilt. Weniger glimpflich kam der Streikbrecher Paul Fabben der davon. Er hatte bei dem Krefelder Gärberstreik seine nützliche Tätigkeit den Untersuchern gewidmet. Dem Revolver, dessen er sich bei jener Gelegenheit unter dem Schutze der Polizei bediente, ist damals glücklichweise noch niemand zum Opfer gefallen. Aber bald darauf hat er einen Arbeiter ermordet und verurteilt. Dem Düffeldorfer Schwurgericht wurde er deshalb zum Tode verurteilt. Ob er inzwischen, ob der Verdienste, die er sich als Streikbrecher erworben, begnadigt wurde, ist uns nicht bekannt geworden. Von gleichem Kaliber ist der „Kaufmann“ Arthur Rann, der in Essen ein schwunghaftes Streikbrechervermittlungsgeschäft betrieben hat. Er hat im vergangenen Sommer seine frühere Prant ermordet und wurde am 19. Dezember vom Essener Schwurgericht wegen Mordverlesung mit Todeserfolg zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das ist eine kleine Galerie von Mördern, die sich in der ehernen Faust der Streikbrecher finden; die Liste würde unendlich lang, wollte man sie vervollständigen und auch nur auf die schwersten Verbrecher ausdehnen, die von Streikbrechern begangen wurden. — Das sind die „nützlichen Elemente“, denen zuliebe das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigt werden soll.

Berufsberatung und Vermittlung in Groß-Berlin. Der Verband nützlicher Arbeitsnachweise hat im Herbst 1912 eine Lehrstellenvermittlung eingerichtet, die ihre Tätigkeit auch auf die Provinz Brandenburg ausdehnt. Das erste Jahr, bis zur Osteransstellung 1913, brachte es bereits auf 204 Vermittlungen. Hiervon entfallen 1249, bei 14 Beschäftigungstellen, auf die Mädchenabteilung und 177 auf Knaben nach Groß-Berlin und 182 in die Provinz. Außerdem haben die bereits länger bestehenden 15 nützlichen Vermittlungsstellen der Städte Charlottenburg und Schöneberg noch 183 männliche und 300 weibliche Personen in Lehrstellen untergebracht. Bei den einzelnen Berufen waren es besonders die des Buchbinders, Klempners, Werkzeugmachers, Elektriker, Schmieds und Tischlermanns, die die Knaben anzogen und bei den Mädchen die Bäckerin. Die Holzarbeiter

ist an der Lehrstellenvermittlung noch sehr schwach beteiligt, trotzdem die Innungen der Tischler und der Stellmacher ihre bisherige Vermittlung dorthin abgelenkt haben. Offene Lehrstellen waren in dem Jahr gemeldet: für Tischler 142, besetzt 106; für Drechsler 22, besetzt 4; Modelltischler 2, besetzt 2; Stellmacher 49, besetzt 21; Korbmacher 8, besetzt 5 und Vergolder 12, besetzt keine. Die Zahlen lassen aber erkennen, daß die Anzahl in einer günstigen Entwicklung begriffen ist, denn die Vermittlungen haben sich durchweg von der ersten zur zweiten Schulentscheidung (in Berlin zu Ostern und Michaels) verdoppelt.

Die Vermittlungsstelle will durch eine unparteiliche alle Faktoren vorsichtig abwägende Berufsberatung die nachsuchenden möglichst jenen Berufen zuführen, für die sie sich kraft ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung eignen. Anmeldungen sind an ihre Geschäftsstelle, Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 8, zu richten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Neustadt, Ob.-Schl., wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Der Zahlstelle Cassel wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalauftrages erteilt, wonach der Gesamtbetrag in dieser Zahlstelle ab 1. Januar 1914 90 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 2. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 83 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberichtig, die rechtzeitige Meldung nicht veräußert. Für die Berechnung der Unterstützung gilt der Tag der Meldung als Beginn der Arbeitslosigkeit. Nach Ablauf von sieben Tagen nach der ordentlichen Meldung (§ 84) beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nach der Vorschrift des Statuts hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren stattzufinden. Die Wahl ist zulässig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Vollzuge dem Vorstand Mitteilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten anzugeben sind. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Vorstand, welche als erfolgt zu betrachten ist, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tagen nach der Anmeldung kein Einwand erhoben wurde. Zur Anbringung etwaiger Änderungen auf den Wahlprotokollen können gummierte Zeitel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden. — Adressenänderungen für die Zusendung der „Holzarbeiter-Zeitung“ sind besonders mitzuteilen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsblätter sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 14186 G. Schönherr, Mod.-Tschl., geb. 18. 4. 88 zu Chemnitz.
- 318336 Hans Barnitzke, Stellm., 27. 12. 87 zu Dortmund.
- 587745 Franziska Kocimba, Hilfsarb., 8. 1. 88 zu Deutschdorf.
- 590858 G. Schrey, Vorstentz., geb. 14. 4. 88 zu Apenweiler.
- 597186 Art. Schumann, Tschl., geb. 28. 5. 90 zu Adelsdorf.
- 617767 Menrad Härke, Tschl., geb. 27. 2. 95 zu Leupheim.
- 637475 Claus Callesen, Masch.-Arb., 21. 1. 79 zu Schatteküll.
- 642249 Daniel Fischer, Tischl., 1. 11. 91 zu Veas (Ungarn).
- 684242 Hg. Alermann, Korbm., geb. 28. 5. 85 zu Sellstedt.

Im Monat Dezember gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beträge ein:

- Gau Danzig: Bartenstein 50 M., Elbing 750, Graudenz 100, Jasterburg 250, Johannsburg 70, Königsberg 800, Kolberg 100, Pr.-Stargard 100, Rastenburg 100, Rumelsburg 50, Tilsit 700 M.
- Gau Stettin: Barth 300 M., Grabow 100, Greifenhagen 50, Güstrow 191,70, Lübz 100, Raugard 45, Parchim 100, Schönberg 100, Stargard 235, Stettin 657, Stralsund 250, Warnemünde 95, Wismar 400 M.
- Gau Breslau: Beuthen 175 M., Brieg 250, Bunzlau 150, Festsberg 89,50, Freiburg 400, Friedland 30, Görlitz 2850, GutsMuth 60, Herischdorf 250, Hirschberg 180, Langenöls 700, Reife 90, Reusalz 70, Oppeln 75, Schweidnitz 500, Schweritz 40, Strehlen 40, Striegau 100, Ziegenhals 160 M.
- Gau Berlin: Adlershof 250 M., Beelitz 56, Berlinchen 100, Bernau 200, Brandenburg 1000, Cottbus 400, Eberswalde 150, Frankfurt 300, Französisch-Buchholz 120, Friedeberg 45, Fürstenuwalde 200, Gassen 212,10, Wubben 350, Königsmusterhausen 150, Landsberg 800, Ludenwalde 400, Lübbenau 280, Neudamm 100, Neuruppin 200, Oranienburg 80, Perleberg 130, Prenzlau 100, Priebus 150,20, Rathenow 350, Sagan 127,50, Spremberg 340, Strausberg 250, Trebbin 150, Treuenbriege 100 M.
- Gau Dresden: Altenberg 130 M., Baugen 800, Bischofswerda 180, Colmanitz 50, Cunnersdorf 550, Dippoldiswalde 250, Döbeln 200, Ebersbach 100, Freiberg 500, Geringswalde 950, Glashütte 93, Großenhain 150, Gröschkau 100, Hartha 500, Kamenz 25, Königstein 150, Leisnig 330, Lößbau 400, Meißen 600, Mittweida 300, Mukda 50, Niederjeschitz 600, Oßersdorf 700, Oschatz 150, Pirna 200, Radeburg 1200, Riesa 200, Sebnitz 60, Stolpen 100, Waldheim 600 M.
- Gau Leipzig: Adorf 140 M., Aitenburg 1100, Aue 300, Brämsch 19,50, Burgstädt 100, Chemnitz 1000, Crimmitschau 100, Eilenburg 1400, Eisenberg 738, Frankenberg 500, Froburg 70, Gera 800, Glauchau 305, Greiz 150, Hainichen 300, Kleinolbersdorf 70, Klingenthal 150, Meerane 165, Reustädt 120, Renig 70, Plauen 300, Raschau 200, Schleiz 100, Schmölln 2400, Schönheide 1000, Stallberg 40, Taucha 40, Triebes 200, Weida 93,30, Zeitz 2000, Zeulentoda 700, Zwickau 1150 M.

Gau Erfurt: Bürgel 800 M., Camburg 40, Coburg 700, Corbetha 178, Effekach 800, Goldlauter 45, Gotha 800, Hermendorf 180, Henbach 10, Hildburghausen 47, Kaltenordheim 25, Kelbra 196, Lautenberg 700, Mühlhausen 850, Neuenbau 60, Neustadt 150, Nordhausen 200, Rudolstadt 100, Saalfeld 275, Schmerbach 63,63, Suhl 120, Tambach 75, Themar 250, Walsungen 120, Weimar 460, Zella-Mehlis 100 M.

Gau Magdeburg: Aken 97,50 M., Bernburg 300, Blankenburg 100, Braunschweig 2000, Cöthen 200, Dessau 600, Gardelegen 200, Halberstadt 300, Osterburg 100, Pöhlau 233, Sangerhausen 188, Schönebeck 300, Staßfurt 88, Stendal 350, Wernigerode 150, Zerbst 300 M.

Gau Hamburg: Apenrade 140 M., Bergedorf 200, Bützberg 80, Delmenhorst 200, Eckenförde 50, Emden 103,50, Eßbeck 145, Flensburg 200, Geesthacht 150, Glinde 100, Habersleben 85, Hamburg 8000, Harburg 450, Harfeld 20, Heide 100, Kellinghusen 80, Leer 150, Nigumkloster 80, Alneburg 580, Warne 40, Wiedorf 70, Neuenburg 80, Reinlinster 300, Oldenburg 800, Osterloe 60, Pinneberg 150, Rendsburg 100, Sonderburg 100, Stade 120, Wilhelmshaven 800, Witter 23, Wilsen 100 M.

Gau Hannover: Alfeld 400 M., Bielefeld 1900, Bünde 300, Detmold 350, Göttingen 250, Hannover 2000, Herford 2000, Hess.-Oldendorf 219,50, Hildesheim 280, Holsmünden 80, Lemgo 200, Minden 550, Deynhäusen 800, Quadenbrück 250, Rheine 70, Uslar 100 M.

Gau Düsseldorf: Beckum 100 M., Bochum 200, Bonn 300, Dortmund 800, Düsseldorf 1500, Duisburg 400, Elberfeld 2000, Essen 1200, Geilenkirchen 201, Gummersbach 100, Hagen 400, Hamborn 150, Hattingen 80, Hemer 50, Herne 50, Köln 4000, Krefeld 800, Lennep 200, Schwelm 500, Solingen 800, Wiersen 60, Wald 150, Wanne 100, Wetter 140 M.

Gau Frankfurt: Asfeld 84 M., Alzen 60, Darmstadt 800, Eckenloben 200, Fachsenheim 200, Frankenthal 450, Friedberg 100, Fulda 60, Gießen 100, Hanau 480, Heilbronn 450, Heßfeld 40, Kaiserlautern 300, Kelheim 900, Kirchheim 240, Mainz 4000, Neu-Isenburg 400, Neustadt 180, Oberramstadt 200, Pirmasens 62,85, Spremsingen 200, Weinhelm 705,75, Wehlart 105, Würth 150, Worms 650,80 M.

Gau Nürnberg: Ansbach 100 M., Bayreuth 400, Cadolzburg 100, Erlangen 400, Gunzenhausen 10, Kitzingen 70, Kronach 31,50, Nördlingen 40, Regau 100, Cassanfahrt 80, Schney 150, Schwabach 120, Schwarzenbach 65, Selb 80, Wendelstein 171, Würzburg 500 M.

Gau München: Aibling 50 M., Rempten 100, Arumbach 60, Memmingen 150, Mühldorf 150, Prien 30, Rosenheim 100, Schwaben 80, Traunstein 50 M.

Gau Stuttgart: Bruchsal 57 M., Colmar 150, Durlach 400, Ehingen 100, Eßlingen 700, Furtwangen 93, Gengenbach 48,50, Göttingen 200, Karlsruhe 1000, Kirchheim 1000, Lahr 70, Lauterbach 60, Leutkirch 22, Lorch 68,25, Ludwigsburg 155, Marbach 300, Mühlhausen 200, Neuenbürg 70, Nürtingen 100, Pforzheim 500, Reichenbach 50, Schramberg 500, Schwennigen 200, Singen 80, Straßburg 700, Stuttgart 2000, Ulm 700, Weikersheim 15, Süssenhausen 400 M.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Dreslau. (Modell- und Fabriktschler.) In der letzten Sektionsversammlung vom 13. Dezember wurde zu unseren nächsten Branchenkonzern Stellung genommen. In einen einleitenden Vortrag des Kollegen Seliger über diesen Punkt schloß sich eine kurze Diskussion an, in welcher die Notwendigkeit der Konferenz anerkannt wurde. Besonders hervorgehoben wurde dabei, daß sich letztere eingehend mit der Frage beschäftigen möge, wie der gelben Organisation am besten entgegengetreten werden kann, da diese auch in unsere Reihen einzubrechen sucht. Nicht minder wichtig sei die Frage der Lehrlingsausbildung. Es ist zwar gelungen, durch das Vorgehen der Kollegen das Lehrlingszählen wenigstens in den Großbetrieben zu dämpfen, doch ist es bis jetzt nicht zu verhindern, daß die hiesigen Modellfabriken (Kleinmeister) fast ohne Ausnahme mit Lehrlingen arbeiten. Zu bedauern sei die Tatsache, daß das Organisationsverhältnis unserer Sektion infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit, durch Abzug nach anderen Orten, Berufswechsel usw. stark gelitten hat, so daß wir jetzt nur noch an 50 Prozent der Modelltschler gegen früher aufweisen.

Bürgel i. Thür. Auf den Vorschlag der Zentralkommission, Agitationsversammlungen oder eine Branchenkonzern abzuhalten, hat sich die Mitgliederversammlung nochmals für Abhaltung einer Konferenz ausgesprochen. Die Kollegen erwarten von einer Konferenz mehr als von Agitationsversammlungen. Bei einer Konferenz können Delegierte aus allen Teilen Deutschlands zusammen, um sich auszusprechen über ihre Verhältnisse. Aus diesem Gedankenaustausch kommt mehr Ersprießliches heraus, man lernt die Verhältnisse der anderen Stöckfabriken kennen. Die letzte Stöckarbeiterkonferenz tagte 1907 in Leipzig. Seitdem haben sich die Verhältnisse sehr zuungunsten der Stöckarbeiter verändert. Damals hatten sich die Unternehmer noch nicht zusammengeschlossen. Wo wir jetzt mit diesen Tarife abschließen, haben wir einen sehr schweren Stand, etwas Gutes herauszuschlagen. Daß sich nun die größeren Städte nur für Agitationsversammlungen ausgesprochen haben, ist zu begreifen, denn diese haben sich günstigere Verhältnisse geschaffen, wie Minimallohn, Arbeitsnachweis und anderes mehr. Sie sind den kleinen Orten weit voran, aber diese wollen auch vorwärts schreiten. Bei anderen Branchen zeigt sich das gleiche Bild bei der Stellungnahme zu einer Konferenz. Die kleineren Orte erklären sich alle für Abhaltung einer Konferenz. Wie wirkungsvoll und gut eine Konferenz ist, ersieht man an dem Eingelände der Zentralkommission der Bäcker- und Pflanzmacher in Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von 1913, deshalb eruchen wir die anderen Orte in. Reiche, wo Stöckfabrikation in Frage kommt, nochmals Stellung zu nehmen

und für Abhaltung einer Konferenz zu stimmen. Wenn recht viele Orte eine Konferenz sind, dann wird sich der Hauptvorstand auch entschließen, einer solchen zuzustimmen.

Chemnitz. (Möbelfabrikanten- und Fabrikantensektionen.) Die letzte Sektionsversammlung beschäftigte sich mit zwei Berichten, in denen die Gelben tonangebend sind. Es wurde festgestellt, daß dort die Betriebsbedingungen mit Erfolg verbessert, die arbeitslosen Löhne noch weiter herabzubringen. Die wirtschaftsfriedlichen Elemente kämpfen zwar, das heißt wenn sie außer Hörweite ihrer Vorgesetzten sind; aber sie werden sich beruhigen müssen in dem Bewußtsein: Schmutzigen Mitteln gebührt schmutziger Lohn! Sie haben hochachtungsvoll zugehört, ja zum guten Teil mitgehört, als man unsere Kollegen nacheinander hinausbugstert hat. Sie waren überlistet genug zu glauben, daß man ihre Angstmeterie noch extra belohnen würde. Freilich an eine solche „Belohnung“ hatten die braven Gelblichen wohl schwerlich gedacht. An Aufklärung hat es gerade in Chemnitz in dieser Richtung gewiß nicht gefehlt. Wer nicht hören kann, mag fühlen. Der Geschäftsgang liegt für unsere Kollegen natürlich anders als je zuvor. Trotzdem werden wir in der Lage sein, die Verschlechterungsversuche auf die bezeichneten Werkstätten zu beschränken. Als weiterer Beratungspunkt stand die Konferenzfrage auf der Tagesordnung. Der Sektionsleiter, Kollege Friedrich, besprach kurz die in dieser Frage bisher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienenen Veröffentlichungen. Nach lebhafter Aussprache wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß der Verbandsvorstand dem Drängen der Kollegen nachgeht und die seit mehr als zwei Jahren geforderte Branchenkonferenz endlich einberuft.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 27. Dezember 1913, bis Freitag, den 2. Januar 1914.

Table with 4 columns: Branchen, In d. Woche besetzte Arbeitsstellen, Im Wochenenschluß vorhandene offene Arbeitsstellen, gemeldete Arbeitslose. Rows include Bauischler inkl. Anschläger, Möbelfabrikanten, Maschinenarbeiter, Polierer inkl. Beizer, Drechsler, Sonstige Branchen, and Zusammen.

Leipzig. (Ein Beitrag zur Stellmacherbewegung.) Endlich einmal ist unsere Zentralkommission aus ihrem Versteck herausgeholt worden; sie hat den Kollegen die Gründe ihrer Untätigkeit unterbreitet und es ist zu wünschen, daß diese Materie sachlich, aber gründlich diskutiert wird. Die Leipziger Kollegen haben dies in ihrer letzten Branchenversammlung bereits getan. Kollege Winkler referierte über: „Die Beschlüsse unserer letzten Branchenkonferenz und deren praktische Durchführung.“ Die Ausführungen des Referenten richteten sich in der Hauptsache gegen die Ansicht des Kollegen D. B., Stettin, welcher die Schaffung von drei Zentralinstanzen fordert. Dieses Vorgehen ist abzulehnen, denn dadurch würde den Kollegen der einzelnen Spezialzweige nur Gelegenheit geboten, sich noch weiter voneinander zu entfernen. Die Folge davon wäre, daß die Agitation sowie die ganze Bewegung zerstückelt und erschwert würde. Eine wichtige Frage ist die: Kann denn die Zentralkommission in ihrer jetzigen Verfassung und in bezug auf ihre heutigen statutarischen Rechte und Pflichten ihre Aufgaben noch so erfüllen wie früher? Diese Frage sei ohne weiteres zu bejahen. Die Zentralkommission kann, wenn sie sich aus allen in Frage kommenden Berufszweigen zusammensetzt und von den ihr durch das Statut gegebenen Rechten vollen Gebrauch macht, sehr Wesentliches für die Allgemeinheit der Berufskollegen leisten. Das vermischen wir bei unserer Zentralkommission völlig. Studieren wir einmal unsere „Holzarbeiter-Zeitung“ in den Jahrgängen 1905 bis 1908 durch, wir werden finden, welche Fülle von praktischer Arbeit und Anregungen in dieser Zeit von seiten der Zentralkommission gegeben worden sind. Wir finden auch eine ungeheure Arbeit der damaligen Zentralkommission in verschiedenen sonstigen, von ihr ausgehenden Publikationen. Die Zentralkommission ist auch damals von den Kollegen nicht als Mittelglied betrachtet worden, aber sie hat es durch ihre Arbeit verstanden, die Kollegen im Lande an die agitatorische und organisatorische Arbeit zu fesseln. Wenn heute die Zentralkommission sagt, sie werde von den Kollegen im Lande nicht mehr oder nur ungenügend unterstützt, so muß das doch einen Grund haben. Die Zentralkommission soll doch die anregende Körperschaft der Gesamtbranche sein, genau wie die Sektionsleitung der Branche am Orte. Wenn diese die Versammlungen oder sonstige Veranstaltungen interessant zu gestalten versteht, wird sie nur selten über schlechten Besuch respektive Unterstützung zu klagen haben. Die Zentralkommission führt uns auch zwei Beispiele an. Einmal, daß nur zwei Sektionen Jahresberichte eingeschickt haben. Wir möchten nun fragen, warum kommt es mit ihrer Kritik nicht viel früher an die Öffentlichkeit? Uns sind alle diese Dinge unbekannt, sogar im Jahrbuch 1912 hat die Zentralkommission mit ganz wenig Worten die Sache abgetan. Sie macht sich dadurch mitschuldig, wenn sie derartige Mißstände hinter dem Berge hält. Wir sind der Meinung, daß sich durch eine sachliche Kritik manches ändern würde. Im übrigen sollte sich die Zentralkommission nicht über schlechte Berichterstattung beschweren, sie hat ja selbst im Jahrbuch 1912 sehr umfangreich berichtet, nämlich 38 Seiten über die Jahrestätigkeit einer Branche, welche rund 7000 Mitglieder zählt. — Als zweites Beispiel wird die Feststellung der Akkordpreise in der Waggonfabriken angeführt. Eine einzige Sektion hat hier ihre Pflicht erfüllt. Nicht einmal Hannover, von wo die Anregung kam. Wir sind der Ansicht, daß hier die Kollegen konsequent gehandelt haben. Warum macht die Zentralkommission nicht ihren Einfluß dahin geltend, daß die Beschlüsse der Konferenz, die unter Aufsicht des Vorstandes gefaßt sind, in die Praxis umgesetzt und eine Statistik für die Gesamtbranche erhoben wird? In dieser Statistik läßt sich die Frage der Akkordarbeit in den Waggonfabriken sehr leicht mit erledigen und

es wäre damit ganze Arbeit geleistet. Es ist zu bedauern, daß wir seit 1908 keine Statistik für die Gesamtbranche besitzen. Obwohl der Vertreter des Verbandsvorstandes auf der Berliner Konferenz die Erklärung abgab, daß in aller Kürze die Statistik für die Stellmacherbranche erhoben werden sollte, ist doch bis jetzt in dieser Beziehung nichts geschehen. Es ist auch eine Konferenz für die Gauen Hamburg, Hannover und Stettin vorgeschlagen worden. Es wäre jedenfalls praktisch richtiger, wenn man hier dem Wunsche der Berliner Konferenz nachkäme und in die zurückgebliebenen Gegenden, wie Ost- und Westpreußen, Schlesien, Bayern usw., einmal außerordentliche Mittel anwenden würde. In dieser Beziehung könnten wir dem Vorschlage der Zentralkommission zustimmen, einen Berufskollegen, der die Verhältnisse und die Lage der Stellmacher aus der Praxis kennt, der auch der indifferenten Masse der Kollegen begreifbar ist, in den Verbandsvorstand zu berufen respektive zur Agitation freizustellen. Es könnte hier angeführt werden, daß bei Erfüllung dieses Vorschlages alle Zentralkommissionen mit diesem Wunsche kommen könnten; aber wir dürfen hierbei nicht vergessen, daß der Stellmacher sehr schwer zu bearbeiten ist. (Im übrigen ist ja auch ein Kollege aus unserem Berufe im Büro des Hauptvorstandes tätig.) Es sind zum mindesten 20 000 organisationsfähige Kollegen vorhanden, und es dürfte sich hier wahrhaftig lohnen, einen Kollegen zur Agitation freizustellen. — In der Frage des Fachblattes können wir die schon gemachten Ausführungen nur unterstreichen. Es käme nur noch hinzu, daß der Preis pro Exemplar 2 Mk. für die Dauer ein viel zu hoher ist. Im übrigen erwarten wir in Zukunft von der Zentralkommission wie vom Verbandsvorstand die Durchführung der gefaßten Beschlüsse respektive eine eingehendere Berücksichtigung der Interessen der Stellmacher. Es gibt in der Gegenwart so viele wichtige Fragen für unsere Branche. Die rapide Entwicklung unseres Berufes zur Großindustrie hat Verhältnisse mit sich gebracht, welche zum großen Teile den Berufskollegen heute noch fremd sind. Die Aufgabe der Zentralkommission ist nicht mit einigen Zeilen im Jahrbuch erfüllt, wir halten es vielmehr für ihre Pflicht, zu allen Fragen, die für den Beruf oder Branche von allgemeiner Bedeutung sind, öffentlich in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Stellung zu nehmen und zu berichten, sie wird dadurch nur an ihrem Ansehen gewinnen. Vor allem muß sich aber die Zentralkommission von Kollegen aus allen in Frage kommenden Berufszweigen zusammensetzen. Auch wäre es vielleicht kein Fehler, wenn die Zahl ihrer Mitglieder von fünf auf sieben erhöht würde. Wir haben jedoch das Gefühl, daß die Berliner Kollegen nicht mehr über die nötigen Kräfte zur Befehung der Zentralkommission verfügen. Ist dies der Fall, so schlagen wir vor, einige Kollegen aus naheliegenden anderen Orten hinzuzuziehen; dies käme in erster Linie für die Berufszweige in Betracht, welche in Berlin nicht vertreten sind, wie z. B. Waggonindustrie. Ist dies nicht möglich und die Tätigkeit der Zentralkommission nimmt in Zukunft nicht andere Formen an, wird es ratsam sein, wenn sich die Kollegen mit der Verlegung des Sitzes der Zentralkommission beschäftigen.

Unsere Lohnbewegung.

In Neuhäusen in Sachsen hat es die Firma Otto Seifert, Stuhl- u. Sessel-, wieder einmal zum Kampf getrieben. Am 1. Januar dieses Jahres sollte nach dem bestehenden Vertrag die Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden reduziert und die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöht werden. Der Unternehmer stellte nun die Kollegen vor die Wahl, entweder auf diese Verbesserungen zu verzichten oder ausgesperrt zu werden. Die Kollegen zogen das Letztere vor und wurden auch tatsächlich ausgesperrt. Bei einer Verhandlung mit dem Unternehmer ließ derselbe durchblicken, daß er seine Maßnahme auf einen Beschluß des örtlichen Fabrikantenverbandes hin durchgeführt hat, und ist daher jeder Zugang von Stuhlbauern, Polierern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Neuhäusen fernzuhalten.

In Radeberg forderte die Firma Emil Feuer, Wagn- und Karosseriefabrik, von den Akkordarbeitern, daß sie auf ihren vertraglich festgelegten Akkordtarif verzichten und auf Lohn zum Mindestlöhne arbeiten sollen. Da die Kollegen darauf nicht eingingen, wurden sämtliche Akkordarbeiter entlassen. Die Solidaritätserklärung der in Radeberg und in der Dresdener Werkstatte beschäftigten Lohnarbeiter steht bevor. Die Firma sucht bereits unter einer Deckadresse unorganisierte Stellmacher, und ist jeder Zutritt von Stellmachern und Tischlern nach den Betrieben der Firma Emil Feuer, Inhaber Gläser, nach Radeberg sowohl, wie auch nach Dresden fernzuhalten.

In Torgelow war der Tarifvertrag mit der Bauischlerei J. Rambow & Co. von dieser zum 31. Dezember gekündigt worden. Unsere Kollegen stellten darauf ihre Bedingungen für einen neuen Vertrag auf, wie Herabsetzung der Arbeitszeit von 59 auf 56 Wochenstunden, Festsetzung von Durchschnittslöhnen und eines neuen Akkordtarifes. Jetzt verlangten die Firmeneinhaber auf einmal Verlängerung des alten Vertrages um vier Jahre. Als sich unsere Kollegen darauf nicht einlassen wollten, wurden am 20. Dezember fünf derselben unter Vertragsbruch ausgesperrt. Verhandlungen sind nun zwar eingeleitet, doch besteht wenig Hoffnung auf friedliche Beilegung der Streitfälle.

In Zittau führte die Firma Kothler u. Barth, Bau- und Möbelfabrik, einige technische Neuerungen ein und diktierte dafür den Bauischlern einseitig viel zu hohe Abzüge. Die entstandenen Defizits gelangten vertragswidrig nicht zur Auszahlung. Die Kollegen waren aber fest entschlossen, sich dieses nicht bieten zu lassen und reichten einheitlich die Kündigung ein. Durch Vermittlung des Gewerkschaftsvorstandes kam es jedoch zu einer längeren Verhandlung und Einigung. Die Abzüge wurden um etwa die Hälfte reduziert und der bisherige Tarifpreis voll garantiert. Die entstandenen Defizits gelangten zur Auszahlung. Die Kollegen haben in diesem Betrieb aber alle Ursache, ständig auf dem Posten zu sein und die diesmalig gezeigte Einigkeit zu erhalten.

Ausland.

In Kristiania ist der Tarifvertrag der Korbmacher zum 1. April gekündigt worden. Die deutschen Kollegen werden deshalb gebeten, bis zur Erneuerung des Vertrages Arbeitsangebote nach Norwegen nicht anzunehmen.

Nach der Holzindustrie.

Die Internationale Union der Holzarbeiter im Jahre 1912.

Der letzte Bericht der Internationalen Union der Holzarbeiter ist zwar etwas zeitiger erschienen als sein Vorgänger, aber immer noch reichlich spät. Das liegt an der unplanmäßigen Berichterstattung der angeschlossenen Organisationen. Im Laufe des Berichtsjahres ist der Zentralverband der Bildhauer Österreichs der Internationalen Union beigetreten; diese umfaßte am Schluß des Jahres 1912 insgesamt 41 Verbände aus 20 Nationen. Von vier Verbänden war ein Bericht nicht zu erlangen, so daß sich die tabellarische Uebersicht nur auf 37 Verbände mit 397 548 Mitgliedern erstreckt. Der Bericht für das Jahr 1911 erstreckte sich nur auf 315 680 Mitglieder. Die starke Zunahme im Berichtsjahr ist darauf zurückzuführen, daß erstmalig Zahlenangaben für den französischen Bauarbeiter-Verband gemacht sind, der mit 57 370 Mitgliedern aufgeführt ist.

Die nachstehende Uebersicht über die der Internationalen Union angeschlossenen Verbände läßt die Stärke der einzelnen Organisationen, ihre Beitragshöhe sowie die Summe der Einnahmen und Ausgaben erkennen. Die letzteren Angaben sind, um Vergleiche zu ermöglichen, in die Frankenwährung umgerechnet. Allerdings ist die Vergleichsmöglichkeit erheblich beschränkt, weil nicht alle Verbände die in Deutschland übliche starre Zentralisation besitzen. In einer Reihe von Verbänden besteht das föderativsystem, bei welchem die örtlichen Organisationen ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht haben. Vielfach ist die Höhe des Wochenbeitrages an den einzelnen Orten der Zentrale gar nicht bekannt. Diese kann dann nur über den ihr zustehenden Teil des Beitrages Rechenschaft ablegen, der oft nur ein bescheidener Bruchteil des von dem einzelnen Mitgliede erhobenen Gesamtbeitrages ist. In diesen, auf dem föderativsystem aufgebauten Verbänden sind natürlich auch die finanziellen Leistungen der Zentrale, den geringen Einnahmen entsprechend, die ihr zustehen, bescheiden. Ueber die gesamte Finanzgebarung innerhalb ihrer Organisation können aber die Zentralkassen nicht berichten; da ihnen das erforderliche Material aus den örtlichen Organisationen nicht zugeht.

Table with 7 columns: Land, Mitgliedszahl Ende 1912, Zahl Stellen resp. Ortsgruppen, Beitrag pro Mitglied und Woche, Einnahmen in 1912 (Franken), Ausgaben in 1912 (Franken), in 1911 (Franken). Rows list various countries and organizations like Belgien, Dänemark, Deutschland, etc.

*) Per Monat.

Von den Verbänden, für welche keine Angaben vorliegen, zählte im Jahre 1911 der Verband der Holzarbeiter in Bulgarien 361, der Bergolde-Verband in Dänemark 96, der Holzarbeiter-Verband in Luxemburg 92 Mitglieder und der Holzarbeiter-Verband in Italien hatte auch für 1911 keine Angaben gemacht. Unter den angeschlossenen Verbänden ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband nicht nur der weitaus größte, er hat auch im Berichtsjahre die stärkste Zunahme erfahren; es sind aber auch noch eine Reihe anderer Verbände mit einer erheblichen Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Am stärksten war sie bei den nachbenannten Organisationen:

Small table with 3 columns: Land, 1911, 1912. Rows include Deutschland, Holzarbeiter (182 750 to 196 810), Deutschland, Tapezierer (9 711 to 10 575), etc.

Einen Mitgliederverlust haben die nachverzeichneten Organisationen zu beklagen:

| | | |
|--|--------|--------|
| Deutschland, Bildhauer | 1911 | 1912 |
| Finland, Holzarbeiter | 3 797 | 3 706 |
| Frankreich, Bürttenmacher u. Drechsler | 2 308 | 2 210 |
| Oesterreich, Holzarbeiter | 4 130 | 2 600 |
| Oesterreich, Drechsler | 28 627 | 28 289 |
| Serbien, Holzarbeiter | 3 370 | 3 272 |
| | 791 | 122 |

Der Balkankrieg hat die Organisation in den Balkanländern dezimiert. Der Verlust des jerbischen Holzarbeiter-Verbandes ist noch größer als sich aus den Ziffern vom Jahresbericht ergibt. Er hatte sich im Laufe des Jahres 1912 recht gut entwickelt und zählte im September 1912, als der Balkankrieg ausbrach, 937 Mitglieder, am Jahresabschluss jedoch infolge des Krieges nur noch, wie angegeben, 122. Von den beiden bulgarischen Verbänden hat nur einer den Jahresbericht eingefandt, aus dem aber nicht zu ersehen ist, ob die angegebene Mitgliederzahl von 699 am Jahresabschluss noch vorhanden war, oder ob es sich um die vor Ausbruch des Krieges vorhandene Mitgliederzahl handelt. Letztere Annahme dürfte wohl die richtigere sein. Da die Zahl vom Jahresabschluss 1911 fehlt, so ist auch dieser Vergleich nicht möglich.

30 von den berichtenden Verbänden haben insgesamt 1148 Streiks mit 60 298 beteiligten Mitgliedern geführt. Hierbei sind die ohne Streit verlaufenen Lohnbewegungen nicht mitgezählt. Diese Streiks verursachten Kosten in Höhe von 2 150 463 Franks. An erster Stelle steht natürlich der Deutsche Holzarbeiter-Verband mit 385 Streiks, 12 584 beteiligten Mitgliedern und 1 095 302 Franks Kosten. Der Deutsche Böttcher-Verband ist mit 151 Streiks, 1986 beteiligten Mitgliedern und 14 977 Franks Kosten verzeichnet. Beim österreichischen Holzarbeiter-Verband lauten die entsprechenden Zahlen: 117 bzw. 7651 bzw. 215 273; beim französischen Bauarbeiter-Verband: 91 bzw. 17 050 bzw. 54 864; beim ungarischen Holzarbeiter-Verband 67 bzw. 7297 bzw. 21 862; schließlich sei hier noch der englische Möbelarbeiter-Verband mit 35 Streiks, 2115 beteiligten Mitgliedern und 425 798 Franks Kosten erwähnt. — Von der Gesamtzahl der Streiks waren 681 erfolgreich, 261 teilweise erfolgreich und 182 erfolglos.

Die Hilfe der Internationalen Union kann nur in Ausnahmefällen zur Unterstützung von Streiks in Anspruch genommen werden. Sie erfolgt in der Weise, daß die angeschlossenen Verbände durch Rundschreiben des Sekretärs zur Leistung von Unterstützung für die im Kampfe stehende Organisation aufgefordert werden. Im Jahre 1912 wurden zweimal derartige Aufforderungen erlassen. Insgesamt gingen 10 564 Mark ein, wovon die Möbelarbeiter in Holland 800 Mk., die Möbelarbeiter in Großbritannien 8000 Mk. und die Holzarbeiter in Finnland 1500 Mk. erhielten.

Die Internationale Union bestreitet ihre Ausgaben aus den regelmäßigen Beiträgen der angeschlossenen Verbände, die pro Mitglied und Jahr 2 Centimes betragen. Die Einnahmen im Jahre 1912 betrugen 4698 Mk. Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf die Herausgabe des „Bulletin“, welches in unregelmäßigen Zwischenräumen in vier Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch und Schwedisch) erscheint. Im Jahre 1912 wurden neun Nummern herausgegeben, die für Druckkosten einen Aufwand von 3612 Mk., an Uebersetzungskosten 895 Mk. und 371 Mk. wurden für sonstige Ausgaben verwendet. Die Gesamtkosten beliefen sich somit auf 5931 Mark, waren also erheblich höher als die Einnahmen. Der Kasseeinstand ist auf 194 Mk. zurückgegangen. Da eine Einschränkung der Tätigkeit der Internationalen Union wohl von keiner Seite gewünscht wird, dürfte der bevorstehende internationale Kongreß voraussichtlich eine Erhöhung des recht minimalen Beitrages beschließen. Die internationale Verbindung der Holzarbeiterorganisationen hat sich als so segensreich erwiesen, daß nur ein Ausbau, niemals aber eine Einschränkung in der Pflege der internationalen Beziehungen in Frage kommen kann.

Rehe-Schutz den Maschinenarbeitern! Der Vorstand unseres Verbandes hat an Reichstag und Bundesrat eine ausführlich begründete Petition gesandt, in welcher gebeten wird, Maßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, den bedrohlichen Gefahren für Leben und Gesundheit der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter herabzumindern. Im einzelnen werden nachstehende Forderungen erhoben:

1. Durchführung der Gewerbeaufsicht durch das Reich.
2. Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller Betriebe zu ermöglichen.
3. Anstellung von Gewerbebeamten aus den Kreisen der Arbeiter.
4. Gewährung polizeilicher Strafbesugnis an die zur Veranlassung der Betriebe angeestellten Gewerbe- und Aufsichtsbeamten.
5. Freisetzung eines Maximalarbeitstages von zehn Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Verabreichung derselben innerhalb geheimer zu bestimmender Frist auf acht Stunden.
6. Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, in Sägewerken und auf Holzlagerplätzen.
7. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen.
8. Einführung von Pflichtunterrichtsstunden für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen.

Wir werden auf diese Materie demnächst noch ausführlich zurückkommen.

Ein Bericht über den Streit auf den Seefischschiffen hat der Vorstand unseres Verbandes in Gestalt einer Broschüre herausgegeben. Sie führt den Titel: „Der Seefischerei 1913. Bericht an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.“ Die Broschüre gibt eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte und des Verlaufes des Kampfes auf den Seefischschiffen. Bei der großen Bedeutung, welche dieser Kampf für die gesamte Gewerkschaftsbewegung erlangt hat, bedient sich diese zusammenfassende Schilderung des Streiks und seiner Begleiterscheinungen ein in weiteren Kreisen empfundenen Be-

kenntnis. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Broschüre viele aufmerksame Leser finden wird. Ihr Preis beträgt im Buchhandel 1 Mk. Verbandsmitglieder können sie durch die Zahlstellenverwaltungen zum Preise von 10 Pf. pro Exemplar beziehen.

Wierzehn Tage Gefängnis für ein Arbeiterleben. Wie wenig bürgerliche Gerichte geneigt sind, den Arbeiterschutzbestimmungen ernstes Nachdruck zu verleihen, zeigt ein neueres Urteil des Landgerichts Gotha gegen den Holzwarenfabrikanten Fritz Weigel. Dieser besitzt in Jhenhain im Gebiete unserer Zahlstelle Waltershausen, eine Fabrik, in der unweit der Ausgangskirche aus der Tischler- und Maschinenwerkstatt etwa 50 Zentimeter über dem Fußboden vollständig unverkleidet eine Transmissionswelle lief. Trotzdem der Gewerbeinspektor schon im Jahre 1911 eine Schutzhülle für die Welle vorgeschrieben hatte, war deren Anbringung unterblieben, und sonderbarerweise weder von den Arbeitern noch von den dazu verpflichteten Aufsichtsinstanzen erzwungen worden. Am 5. August 1913 geriet nun der in dem Raume beschäftigte Tischler Hugo Göring beim Uebersteigen der Welle mit der Schürze in die Transmissionswelle und verunglückte dabei tödlich. Der Fabrikant hatte somit in grobfahrlässiger Weise den Tod des Kollegen veranlaßt. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis, das Gericht aber ließ ihn mit 14 Tagen davonkommen. Es handelte sich auch nur um einen Arbeiter dessen Tod durch die Schuld des Unternehmers verursacht war. Solche Schuld wiegt in den Augen unserer Richter nicht schwer. Mit diesem Urteil vergleiche man die drakonischen Strafen, die so oft gegen Arbeiter verhängt werden, die etwa einen Streikbrecher beleidigt haben. Bei unserer Justiz wiegt eben die „Ehre“ des Streikbrechers viel schwerer als ein durch die Schuld des Unternehmers vernichtetes Arbeiterleben.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften und die päpstliche Enzyklika.

Kurz vor Weihnachten, vom 19. bis 22. Dezember, wurde vor dem Schöffengericht zu Köln ein äußerst interessanter Prozeß verhandelt. Als Kläger traten die Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften auf und sie heischten vom Gericht Schutz gegen den Verdacht, als ob sie sich der Enzyklika „Singulari quadam“, durch welche der Papst die christlichen Gewerkschaften der Aufsicht der Bischöfe unterstellt, unterworfen hätten.

Die christlichen Gewerkschaften haben unter dem Eindruck der Enzyklika am 26. November 1912 in Essen einen außerordentlichen Kongreß abgehalten, auf welchem die Führer eine sehr kräftige Lippe gegen Rom riskierten und die völlige Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von den Bischöfen betonten. Die Rolle, welche die christlichen Führer auf dem Essener Kongreß spielten, war ihnen durch eine von den Bischöfen gelieferte Auslegung erleichtert worden. Diese Mitwirkung der Bischöfe, bei dem Versuch, die christlichen Gewerkschaften aus einer unangenehmen Situation zu befreien, mußte auffallen, und die Nachricht, die aus katholischen Zeitungen in Italien den Weg in die deutsche Presse fand, nämlich daß sich die Führer der Christen, Giesberts, Imbusch, Stegerwald der Enzyklika unterworfen hätten, und daß das erzbischöfliche Amt in Köln die Akten der Unterwerfung entgegengenommen hätte, wurde allgemein geglaubt.

Die Tatsache der Unterwerfung wurde später mit genaueren Angaben wiederholt. Die Münchener Zeitschrift „Janus“ und das Organ des evangelischen Bundes, die „Wartburg“, brachten hierüber ausführliche Artikel. Die „Wartburg“ insbesondere brachte die Behauptung, daß die Führer der Christen, Giesberts, Imbusch und Stegerwald, in schriftlicher Form Gehorsam gelobt und Erklärungen über die Auslegung und Anwendung der Gewerkschaftsenzyklika in die Hände des Bistumsverwesers Dr. Kreuzwald in Köln gegeben hätten. Diese Nachricht, so behauptete das Blatt, komme aus dem päpstlichen Staatssekretariat, und zwar von dem Chef des publizistischen Büros. Diese genaue Quellenangabe berechtigte zu der Annahme, daß die Nachricht wahr sei. Sie wurde in der deutschen Presse der verschiedensten Richtungen viel kommentiert. Eine Reihe von Zeitungen druckten die Artikel der „Wartburg“ auch ab. Nun erhoben die christlichen Führer Beleidigungsklage, sie hielten aber unter den Zeitungen, welche die sie beleidigenden Artikel gebracht hatten, sorgfältige Anlese. Neben dem Redakteur der „Wartburg“, Pfarrer Wix, wurden nur Redakteure von sozialdemokratischen und von Gewerkschaftszeitungen angeklagt. Im Laufe der Verhandlung widerrief Pfarrer Wix seine Behauptungen, deshalb wurde die Klage gegen ihn zurückgezogen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Geldstrafen von 50 bis 500 Mk. verurteilt.

Bei der Zeugenvernehmung sagte der Domkapitular Dr. Kreuzwald aus, er habe die im Auftrage der Bischofskonferenz ins Deutsche übersetzte Enzyklika den christlichen Gewerkschaftsführern überreicht. Zu diesem Zweck habe er die Herren Stegerwald, Giesberts und Dr. Brauns telegraphisch zu sich ins Bischofspalais bestellt. Hier habe er ihnen die deutsche Uebersetzung ausgehändigt, aber von einer Unterwerfung sei dabei keine Rede gewesen. Weder schriftlich noch mündlich seien Abmachungen erfolgt. Dr. Kreuzwald hat es jedoch für notwendig erachtet, die Uebersetzung der Enzyklika persönlich zu überreichen und über die bei dieser Gelegenheit gepflogene Unterhaltung an den Kardinal Dr. Kopp zu berichten. Bischof Schulte von Paderborn hat die Interpretation der Enzyklika besorgt. Er hatte in der Sache eine Unterredung mit Herrn Stegerwald, doch war dessen Unterwerfung nicht die Voraussetzung für die Auslegung des päpstlichen Schreibens. Mit der Auslegung des Bischofs Schulte waren auch die anderen Bischöfe einverstanden, und so konnte der Bischof von Paderborn Herrn Stegerwald ermächtigen, die Auslegung als die Ansicht aller Bischöfe bekanntzugeben.

Durch diese Aussagen der bischöflichen Zeugen war der Behauptung, daß sich die Führer der christlichen Gewerkschaften der päpstlichen Enzyklika und damit der Aufsicht der Kirche über die christlichen Gewerkschaften unterworfen hätten, der Boden entzogen. Demgegenüber konnten die Aussagen anderer Zeugen, so insbesondere die des katholischen Geistlichen Kaufmann, des Herausgebers der auf dem

Boden der „Berliner Richtung“ stehenden „Kölnner Korrespondenz“ nicht ins Gewicht fallen. Es spricht eine Reihe von Wahrscheinlichkeitsgründen für die von den Christenführern bestrittene Unterwerfung, und Dr. Kaufmann führte insbesondere Gründe theologischer Art an, aber positive Tatsachen konnte er natürlich nicht beibringen. Bei dieser Sachlage mußte eine Verurteilung der Angeklagten eintreten. Das Urteil spricht auch aus, daß die Auslegung, welche die Angeklagten der Enzyklika geben, eine größere Wahrscheinlichkeit hat als die andere Auslegung. Die Behauptung, daß ein unehrliches Doppelspiel gespielt worden sei, hätte aber nur aufgestellt werden können, wenn Stegerwald von der Unrichtigkeit seiner in Essen vorgebrachten Interpretation überzeugt war. Dafür war aber ein Beweis nicht zu erbringen.

In dem Prozeß spielten noch einige andere interessante Momente mit. So das Verhalten der christlichen Gewerkschaften, insbesondere des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter bei den letzten Reichstagswahlen und beim Streik der Bergleute im Ruhrrevier. In einigen der unter Anklage gestellten Blätter war behauptet worden, daß der inzwischen verstorbene Erzbischof Fischer mit einer großen Summe als Peterspfennig nach Rom gereist sei und dort einen Aufschub in dem Vorgehen der christlichen Gewerkschaften erwirkt habe. Bei den 1½ Millionen, die Kardinal Fischer nach Rom geführt habe, seien auch einige Hunderttausend gewesen, welche die rheinisch-westfälischen Großindustriellen gestiftet hätten, da sie ein Interesse an der Erhaltung der christlichen Gewerkschaften haben. Ein Beweis für diese Behauptung wurde nicht angetreten, er hätte auch, da der wichtigste Zeuge tot ist, kaum geführt werden können. Es ist aber auch sehr gleichgültig, ob die Großindustriellen für die Erhaltung der christlichen Gewerkschaften Geld geopfert haben oder nicht, denn die Tatsache, daß ihnen die christlichen Gewerkschaften sehr angenehm sind, wird von ihnen gar nicht geleugnet. So schreibt die Berliner „Post“, die den rheinisch-westfälischen Großindustriellen sehr nahe steht, bei der Besprechung des Prozesses: „Wohl hat die Großindustrie ein ideales Interesse daran, daß die christlichen Gewerkschaften als eines der festesten Bollwerke gegen die rote Flut in jeder Weise gestützt und gestärkt werden, aber so törichte Märsche, wie das von den Peterspfennigen, kann nur der aufstellen, der unserer Industrie ohne jedes Verständnis gegenübersteht.“

Das kann doch nur bedeuten, daß die Großindustriellen nicht so dumm sind, Geldopfer zu bringen, wo sie den Erfolg billiger haben können. Und in der Tat hat der Prozeß den Beweis dafür erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften den Industriellen mit Begeisterung den Hasen in die Röhre jagen. Der „unpolitische“ Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter hat bei den letzten Reichstagswahlen eine eifrige Agitation entfaltet, um den Bergarbeiterführer Hue, der vorher den Wahlkreis Bochum vertreten hat, zu verdrängen und den Wahlkreis Mülheim-Duisburg an den nationalliberalen Dr. Böttger auszuliefern, der eine Verschärfung der Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften predigt. Der Christ Imbusch, der Redakteur des christlichen „Bergknappen“, sagte vor Gericht aus: „Ich bin mit Begeisterung für Hedemann (eine politische Null, die von den nationalliberalen Zechenbesitzern aufgestellt war) gegen Hue eingetreten. Ich habe gesagt, und wenn wir im Bochum den Teufel wählen, ihn eher als Hue.“ Wenn die Großindustriellen solche uneigennütige Hilfe bei den Christen finden, dann haben sie es wirklich nicht nötig, sich ihretwegen noch in Unkosten zu stürzen.

Die christlichen Gewerkschaften jubeln über den Ausgang des Prozesses. Es hat ihnen nicht nachgewiesen werden können, daß sie den Vertretern der katholischen Kirche Unterwerfung gelobt haben. Ein Beweis für ihre Unabhängigkeit von den Organen der Kirche ist allerdings auch nicht erbracht. Dabei ist ihnen fast gleichzeitig mit dem Prozeß noch eine andere Freude bereitet worden. Wenige Tage vor dem Beginn der Verhandlungen hat der neue Erzbischof von Köln, Dr. Hartmann, der bisher als Gegner der christlichen Gewerkschaften galt, in einer mißbemerkten Rede für sie Partei ergriffen. Er erklärte: „Gegenüber der Tatsache, daß 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter unseren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen.“ Ueber die inneren Gründe dieses auffälligen Umschwunges kann man nur Vermutungen hegen, jedenfalls hat der Kölner Erzbischof den christlichen Gewerkschaften eine große Weihnachtsfreude bereitet.

Auch die gesamte arbeitereindliche Presse hat die christlichen Gewerkschaften zu dem Ausgang des Prozesses beglückwünscht; am lebhaftesten die ausgesprochenen Scharfmacherorgane. Sie haben aber auch Ursache dazu. Zwar hat der Beweis nicht erbracht werden können, daß sich die christlichen Gewerkschaften formell der Aufsicht der Bischöfe unterworfen haben, aber der Prozeß hat bewiesen, daß die Führer der Christen dienstwillige Knechte der Scharfmacher sind und mit Wollust die Interessen der Arbeiter schädigen. Dieses Ergebnis des Kölner Prozesses ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

25 Jahre Verbandsvorsitzender. Zum 1. Januar 1889 wurde der sich des Bildhauer-Verbandes, oder wie er damals hieß, des „Unterstützungsvereins der Bildhauer Deutschlands“, von Stuttgart nach Berlin verlegt und gleichzeitig übernahm Paul Dupont den Posten als Vorsitzender des Verbandes. Zu seinen Funktionen gehört seit dieser Zeit auch die Redaktion des Verbandsorgans. Seither sind 25 Jahre verfloßen, in welchen Dupont mit Umsicht seines Amtes gewaltet hat. Der Bildhauer-Verband ist eine kleine Organisation, die besonders in den letzten Jahren mit mancherlei Widerwärtigkeiten zu kämpfen hat. Durch die Aenderung der Stilrichtung sind die Bildhauer schwer geschädigt worden. Fortgesetzt muß der Verband mit einer sehr großen Zahl arbeitsloser Mitglieder rechnen. Vereinzelterweise hemmt das die Entwicklung der Organisation, ihre Leitung wird aber dadurch immer wieder vor neue schwierige Aufgaben gestellt. Paul Dupont ist einer der ältesten Gewerkschaftsbeamten; er kann mit Befriedigung auf seine 25jährige Tätigkeit an der Spitze des Bildhauer-Verbandes zurückblicken. Zu seinem Jubiläum bringen auch

wir ihm die herzlichsten Glückwünsche. Hoffentlich ist es ihm noch recht lange vergönnt, in voller körperlicher und geistiger Frische seine Arbeitskraft im Dienste seiner Gewerkschaft zu verwenden.

Gewerkschaftskongress 1914. Der Gewerkschaftsausschuss hat, wie das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ mitteilt, beschlossen, den neunten Gewerkschaftskongress in der Woche vom 22. bis 27. Juni in München abzuhalten.

Der Kampf im Buchdruckerhandwerk in Oesterreich ist nunmehr auf der ganzen Linie entbrannt. Die Unternehmerorganisation wollte es zum Konflikt treiben; sie hat deshalb die Vermittlungsversuche des staatlichen Gewerbeinspektors verhindert, und auch das Tarifamt der deutschen Buchdrucker, welches seine Vermittlung angeboten hat, konnte die Aussperrung nicht verhindern. Einen schweren Schlag bereitet der Kampf im Buchdruckerhandwerk für die separati-stische Gewerkschaftsidee. Bekanntlich hat sich ein Teil der tschechischen Gewerkschaftler von den österreichischen Reichsorganisationen abgesplittert, weil in diesen, das ganze Reich umfassenden Gewerkschaften, die nationale Eigenart der Tschechen angeblich nicht genügend berücksichtigt wird. Die tschechischen Unternehmer haben aber im Kampf gegen die Buchdrucker ihre nationale Eigenart völlig hintangestellt. In Prag haben sich die deutschen und tschechischen Zeitungsverleger zu gemeinsamem Tun zusammengefunden und ihre Solidarität geht so weit, daß in der Kampfzeit alle Parteiunterschiede verwischt sind. Soweit überhaupt in Prag noch Zeitungen erscheinen, bringen sie den gleichen Text. Bei solcher Solidarität der Unternehmer, die alle politischen und nationalen Unterschiede überbrückt, sollte es nicht möglich sein, die Interessen der tschechischen Arbeiter mit denen der Arbeiter anderer Nationalität in gemeinsamen Gewerkschaften wahrzunehmen?

Von der Aussperrung und dem Streik dürften etwa 10 000 Buchdrucker in ganz Oesterreich betroffen sein. Inzwischen haben aber schon 230 Betriebe, in welchen 2800 Gehilfen und 500 Hilfsarbeiter beschäftigt sind, die Arbeiterforderungen bewilligt. Die Hoffnung, daß die Unternehmer mit ihrem großen Schlag gegen die Organisation der Arbeiter einen Reinsfall erleben, erscheint somit völlig berechtigt.

Soziale Rechtspflege.

Ein vom Gewerbegericht sanktionierter Verstoß gegen den Tarifvertrag.

Die Betriebe der Musikinstrumentenindustrie in Leipzig unterliegen dem zwischen dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossenen Vertrag, es scheint aber, daß es einigen der in Frage kommenden Firmen sehr schwer fällt, sich den Bestimmungen dieses Vertrages anzupassen. Die Firma Huppel & Co. hat mit einigen Arbeitern Wochenlohn vereinbart und verlangt von diesen Arbeitern, daß sie an e n t g e l t l i c h U e b e r s t u n d e n leisten. Sie bekämen dafür alle Feiertage und sonstigen Veräumnisse bezahlt und außerdem erhielten sie auch eine Weihnachtsgratifikation. Daß bei dieser Einrichtung die Firma nicht schließt, kann man aus dem Umstand schließen, daß ein Ausarbeiter beim Gewerbegericht die tarifmäßige Ueberstundenzahlung für 44 Ueberstunden einlegte, die er in der Zeit von Ende Oktober bis Ende November geleistet hatte.

Der Kläger berief sich zur Begründung seines Anspruches auf den Tarifvertrag, der in § 56 ausspricht, daß Einzelabmachungen, die den Bestimmungen dieses Vertrages widersprechen, ungültig sind, während von dem Vertreter der beklagten Firma eingewendet wurde, daß der Tarifvertrag nur für die in Akkord oder Stundenlohn beschäftigten Arbeiter gelte. Die in Wochenlohn arbeitenden Gehilfen seien im Vertrage nicht erwähnt, deshalb können mit ihnen besondere Abmachungen getroffen werden. Das Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt der Firma und wies den Kläger mit seiner Forderung ab. Begründend wurde ausgeführt, daß der Tarifvertrag in diesem Falle nicht maßgebend sein könne. Darin seien nur die Löhne für die in Akkord und in Stundenlohn arbeitenden Gehilfen festgelegt, demnach könne die im Tarif festgesetzte Ueberstundenbezahlung nur für diese Arbeiter, nicht aber für solche Arbeiter gelten, die gegen Wochenlohn beschäftigt sind. Man könne nicht einseitig den Arbeitern die Vorteile des Wochenlohnes zukommen lassen und ihnen daneben noch die Vorteile der Ueberstundenbezahlung nach dem Tarif zusprechen. Eine solche Auslegung würde gegen Treu und Glauben verstoßen.

Dieses Urteil des Gewerbegerichts ist ein F e h l s p r u c h. Es berücksichtigt nicht den Tarifvertrag, der in seinem § 1 sagt: „Dieser Vertrag umfaßt alle Betriebe der Tischlereien, Holzbearbeitung und der Musikindustrie in Leipzig und Umgegend.“ Daß der Vertrag nur für Akkord- und Stundenlohnarbeiter Geltung haben soll, ist im Vertrag nirgends gesagt, und es war auch nicht die Absicht der vertragsschließenden Parteien, solche Arbeiter von der Geltung des Vertrages auszuschließen, deren Lohn abweichend berechnet wird. Aus dem Umstand, daß vom Wochenlohn im Vertrage nicht die Rede ist, könnte allenfalls geschlossen werden, daß diese Lohnberechnungsmethode nicht zulässig sei, jedenfalls aber ist es abwegig zu entscheiden, daß Arbeiter, die Wochenlohn erhalten, auf Verlangen der Firma ohne Bezahlung Ueberstunden leisten müssen. Wollte man eine solche Auslegung des Vertrages zulassen, dann würde damit gewissen Unternehmern gestattet, den ganzen Vertrag über den Haufen zu werfen.

Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb im vorliegenden Falle der Arbeiter an das Gewerbegericht gegangen ist, statt die vertraglich eingeleitete Schlichtungskommission anzurufen, die sich bei ihrer Entscheidung an den Sinn und Wortlaut des Vertrages hätte halten müssen. Jedenfalls wird dafür gesorgt werden müssen, daß der Fehlspruch des Gewerbegerichts nicht als Grundlage für die Auslegung des Vertrages angenommen wird.

Gingefandt.

Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher. Wir richten an die Verwaltungen und die Kollegen das Ersuchen, uns alle Orte mitzuteilen, in denen Drahtbürsten hergestellt werden. Wo es möglich ist, bitten wir,

uns gleichzeitig die Akkordlöhne, besonders der Stahlbrahtbürsten mitzuteilen, und wenn Tarife vorhanden sind, auch diese einzusenden. Wir bitten um sofortige Erledigung, da wir das Material dringend benötigen.

Die Sektionsverwaltungen und da, wo keine Sektion besteht, die Ortsämter, werden gebeten, den Bericht des letzten Jahres einzusenden. (Bogen werden nicht ausgegeben.)

Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.
J. A. E. Wallauer, Nürnberg, Schleisweg 35.

An die Delegierten zur Konferenz der Komm- und Haarschmuckarbeiter.

Die Delegierten werden ersucht, die Zeit ihrer Ankunft in Berlin dem Untersekretär rechtzeitig mitzuteilen sowie das Logis zu bestellen. Das Empfangslokal befindet sich am Sonnabend, den 31. Januar, im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15. Zum Empfang der Kollegen werden auf den Bahnhöfen Berliner Kollegen anwesend sein.

Im Auftrage der Branchenkommission:
August Dörwald, Friedrichshagen (Berlin),
Röpenicker Straße 14.

Zur Konferenz der Modelltischler.

Es ist ja sehr erfreulich, daß wieder einmal in den Berufslogen reges Leben erwacht. Viele Kollegen sehen vor der Konferenz ihre ganze Hoffnung auf diese, hat sie stattgefunden und die Kollegen sehen, daß sich die Verhältnisse in der Werkstatt auch nicht ändern, so heißt es gewöhnlich: Was hat nun die Konferenz genützt? Um mich vor Mißverständnissen zu schützen, will ich vorweg betonen, daß ich kein verbissener Gegner von Konferenzen bin. Werfen wir zunächst die Frage auf: Welche Arbeit hat die Konferenz zu leisten? Da heißt es: Sie soll Klarheit schaffen, über Einführung des Arbeitsnachweises, über die Beseitigung des Akkordsystems, über hygienische Fragen und andere mehr. Daß in diesen Fragen Aufklärung unbedingt notwendig ist, wird niemand leugnen. Kann das auf der Konferenz dermaßen geschehen, wie es notwendig ist? Mißstände können nicht auf der Konferenz, sondern vielmehr müssen sie von den Kollegen am Orte beseitigt werden. Wie sieht es aber da aus! Nehmen wir an, zum Punkt Arbeitsnachweis würde die Konferenz eine Entschließung annehmen, daß kein Kollege „umschauen“ dürfe. Die Antwort mancher Kollegen würde sein: Soll ich denn verhungern, ich suche mir eben Arbeit, ganz gleich wo. Und so sind noch viele andere wichtige Fragen, bei denen der Gleichmut der Kollegen noch krasser hervortritt. Hier Abhilfe zu schaffen, ist die wichtigste und auch die schwierigste Aufgabe der Sektionen und nicht der Konferenz. Erst die Kollegen erziehen, daß alle ihre Pflicht erfüllen! Zum Material sammeln brauchen wir wahrlich keine Konferenzen, das können schon die Hauptvorstände bzw. die Zentralkommission. Dasselbe dann vom Hauptvorstand bearbeitet und in Broschüren herausgegeben, tut dieselbe Wirkung wie eine kostspielige Konferenz. Ich halte dieselbe nicht für notwendig. Haben wir denn Vorteile von 1906 außer der Arbeit der Zentralkommission (siehe Jahrbuch) gehabt? Will denn etwa ein Kollege behaupten, daß die Kämpfe, die geführt worden, nicht stattgefunden hätten? Also tue jeder seine Pflicht, insbesondere lese jeder die „Holzarbeiter-Zeitung“, besuche fleißig die Versammlungen und stelle seinen Mann auch in der Werkstatt, das heißt vertrete auch dort jeder seine Ueberzeugung, so werden wir ein gutes Stück vorwärts kommen, auch ohne Konferenz.
Karl Hey, Merseburg.

Zur Konferenz der Modelltischler.

Wie ein roter Faden hat sich im vergangenen Jahre und auch vorher die Konferenzfrage in der „Holzarbeiter-Zeitung“ sowie in den Versammlungen hindurchgezogen. Ich habe von jeher eine Konferenz nicht als Allheilmittel betrachtet, da ja kaum der Wert derselben die Kosten rechtfertigt. Auch kann eine Konferenz bis zu einem gewissen Grade Beschlüsse fassen, die schließlich einen großen Teil unserer Kollegen nicht befriedigen wird. Ich erinnere an den Vorstoß Hamburgs betreffs Werftarbeiterbewegung. So notwendig wie es ist, Klarheit zu schaffen, wird die Konferenz sich nicht so damit befassen können, wie es die Kollegen wünschen, da die eventuell gegebene Zeit nicht dazu ausreichen würde, solche Einzelfälle zu behandeln, sondern nur über allgemeine Lohnbewegungen sich auszusprechen. Meiner Ansicht nach wird der Hauptvorstand die beantragte Konferenz am ehesten ablehnen, wenn Hamburg darauf bestehen bleibt, obigen Punkt besonders auf die Tagesordnung zu setzen. Trotzdem ich, wie ich schrieb, Gegner der Konferenzen bin, so kann ich mich doch nicht dauernd dagegen erwehren, da im letzten Jahre das Material und auch die Rufe nach einer Konferenz sich sehr angehoben haben, demzufolge eine Aussprache schließlich doch ganz angebracht ist. Auf das Eingefandt der Zentralkommission in Nr. 49 kann ich aber nur erklären: Schon über ein Jahr beschäftigten sich die im Holzarbeiter-Verband organisierten Modelltischler mit der Frage nach einer Konferenz, und noch immer ist kein Ton von der maßgebenden Instanz gehört worden. Ehe wir jetzt eine große, weitere Aussprache herbeiführen, müssen wir rufen: Findet eine Konferenz der Modelltischler statt? Der Hauptvorstand muß erst antworten: Ja oder Nein!
R. H. Höse, Dresden.

An die in der Waggonindustrie beschäftigten Holzarbeiter.

Die deutsche Waggonindustrie hat sich in dem letzten Jahrzehnt bedeutend entwickelt. Keine Branche in unserem Berufsstand hängt jedoch wohl loser zusammen, wie gerade die der Waggonfabriken. Dazu kommt, daß die Arbeitsmethoden außerordentlich verschieden sind. In der einen Fabrik wird in Lohn gearbeitet, in der zweiten besteht das Kolonnen-Akkordsystem und in der dritten arbeiten je zwei und zwei Mann in Akkord zusammen, dazu die Verschiedenheit in der Herstellung der einzelnen Teile, der Montierung usw. Nicht verschiedenartig sind auch Arbeitszeiten und Löhne und das bei Staatsaufträgen, wofür die Preise gleich sind. Einen recht schweren Stand haben unsere Kollegen auch bei Lohnbewegungen gehabt. Davon zeugen die langwierigen Kämpfe, die unsere Kollegen in Oeritz, Ammendorf, Wismar, Gotha usw. geführt haben und meistens ergebnislos abgebrochen werden mußten. Es liegt das zum großen Teile auch wohl darin, daß schwerlich darüber Kontrolle

geübt werden kann, ob nicht eine Fabrik für eine andere Streikarbeit liefert. Deshalb wäre es wohl tatsächlich richtiger, wenn bei Lohnbewegungen auf der ganzen Linie vorgegangen würde, wie z. B. auf den Werften. Ich halte es für sehr angebracht, wenn einmal eine Konferenz unserer in den Waggonfabriken beschäftigten Kollegen stattfinden, die dann auch die Errichtung einer Zentrale zustreben müßte, von der aus für alle Fabriken Material bearbeitet würde. Es wird das im Anfang eine schwierige Arbeit sein, die jedoch für unsere Kollegen recht lohnend sein würde.
Alfred Knauth, Wismar.

Zur Stellmacherbewegung.

Das Jahr 1913 hat uns manche Enttäuschung gebracht. Besonders im Automobilbau ist ein Rückschlag eingetreten, der allerdings dem aufmerksamsten Beobachter der Ereignisse nicht überraschend gekommen ist. Dieser Rückschlag ist hauptsächlich durch den Krieg auf dem Balkan und die dadurch bedingte schwierige Lage auf dem Geldmarkt verursacht worden. Die Schwierigkeiten machten sich hauptsächlich in der zweiten Hälfte des Jahres bemerklich. Große Hoffnungen waren auf die Automobilausstellung in Petersburg gesetzt worden, zu welcher die deutschen Firmen ganz enorme Anstrengungen gemacht hatten. Diese Ausstellung zeigte auch, daß die deutschen Wagen den besten französischen gleichwertig sind. In politisch ruhigen Zeiten wären der deutschen Industrie große Aufträge sicher gewesen, und wir würden im Automobilbau sehr wenig von der allgemeinen Wirtschaftskrise gespürt haben. Auch die Wehrsteuer hat lähmend auf den Inlandmarkt gewirkt.

Der Aufschwung der Automobilindustrie ist aus den nachstehenden Zahlen ersichtlich, welche den Bestand an Automobilen (einschließlich der Krafttraber) im Deutschen Reich jeweils am 1. Januar des betreffenden Jahres zeigen:

| | Kraftfahrzeuge | |
|-------|-------------------------|-----------------------|
| | zur Personenbeförderung | zur Lastenbeförderung |
| 1910: | 46 922 | 3019 |
| 1911: | 52 231 | 4203 |
| 1912: | 59 901 | 5549 |
| 1913: | 70 085 | 7704 |

Was nun die Agitation und ihre Erfolge anlangt, so will ich bemerken, daß ich von den geringen Erfolgen in Bezug auf Lohn und Arbeitsbedingungen auch in der Gewinnung neuer Mitglieder durchaus nicht zufrieden bin; es ist aber ganz verkehrt, alle Schuld auf die Zentralkommission abzuwälzen, wie es von verschiedenen Kollegen getan wird. Besonders die Frage, ob die Zentralkommission als überlebt zu betrachten sei, wäre besser nicht gestellt worden; auch die Frage, ob nicht aus der einen Zentralkommission drei zu machen seien, halte ich für undisutabel. Ich sehe die Hauptursache in der Eigenart der Betriebe und ihrer Zusammenfassung aus den verschiedensten Branchen, die wieder den verschiedenen Verbänden angehören, welche zu der einen und anderen Frage ganz verschiedene Stellung nehmen, aber bei Abschluß von Verträgen notwendig als geschlossenes Ganzes in Frage kommen; dieses wirkt lähmend auf die Bewegung. Daß hier einmal Wandel geschaffen wird, halte ich für dringend notwendig. Auch muß bei der Organisation unserer Kollegen viel mehr Gewicht auf gute Disziplin gelegt werden, damit nicht die Erfolge durch Disziplinlosigkeit gefährdet werden. Weiter besteht ein großer Mangel darin, daß in Städten, wo die Arbeitsnachweissfrage geregelt ist, trotzdem viele Kollegen durch Verschreibung und auch durch direktes Umschauen in Arbeit gehen, besonders wir in Berlin haben darunter sehr zu leiden. Meistenteils arbeiten diese Kollegen dann nicht lange in einem solchen Betriebe, und andere kommen, die sich aber dann auch bald den ersteren als Arbeitslose auf dem Arbeitsnachweis zugesellen und dann eine Arbeitslosigkeit von 12-18 Wochen durchzumachen haben. Ganz ähnlich kommen die Klagen aus einer ganzen Reihe anderer Städte; darum muß diese Frage besonders gut behandelt werden. Weiter glaube ich, gibt es im ganzen Holzarbeiter-Verband keine Kategorie von Arbeitern (außer schließlich auf den Werften), die gegen ein derartiges Scharmachertum anzukämpfen haben, als die Arbeiter in der Automobilindustrie. Daß unter diesen Umständen unsere Fortschritte den Erwartungen nicht entsprechen, ist bedauerlich, aber für jemand, der die Verhältnisse genau kennt, zum Teil erklärlich.

Nun wollen wir uns im neuen Jahre mit neuer Kraft der Aufklärungsarbeit unserer Berufskollegen widmen, an Arbeit wird es sicher nicht fehlen, geistiges Rüstzeug für unsere Agitation ist genügend vorhanden, also tue jeder seine Pflicht für unseren Verband, dann werden wir am Jahreschluß 1914 eine stattliche Zahl neuer Kollegen in unserer Organisation muster können, unsere Stellmacherbewegung im Deutschen Holzarbeiter-Verband ein gut Stück vorwärts gebracht haben.

Otto Lehmann, Berlin.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt der Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Rönthendamm 2, bezogen werden.

1000 Mark Belohnung. Kriminalroman von Hans Hyan. Ein neuer Band der „Vorwärts-Bibliothek“, einer Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen. Der Preis beträgt für jeden Band der „Vorwärts-Bibliothek“ gebunden 1 Mk.

Sturmgefang. Proletarische Gedichte von Werner Müller, Darmen. Kommissionsverlag der Buchhandlung „Freie Presse“, Elberfeld. Preis 50 Pf.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Erfasstasse. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.

Im Dezember sandten Ueberschüsse ein: Berlin A, Siegburg je 300 Mk., Cossen 200, Hamburg I 120, Halle, Fürth je 100 Mk., Summa 1120 Mk.

Zuschüsse erhielten: Schweidnitz, Kaiserslautern je 150 Mk., Magdeburg, Burg, Furtwangen je 100, Hamburg II 56 Mk., Summa 650 Mk.

Hilfsmittel: Hauptkassierer, Hamburg 31, Schwendestr. 37.

Anzeigen.

Kraft 1. T. Hr. Die Herberge befindet sich vom 1. Januar 1914 im Gasthaus „Schwarzbürger Hof“...

Bremerhaven. Die zureisenden Kollegen aller Branchen haben sich zuerst im Büro, Deich 51-53...

Barmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 10. Umfragen streng verboten.

Frankfurt a. Main. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Bureau, Allee 51, 1. Etage...

Hamburg. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Wähler, Neuenmarktstr. 30...

Leipzig. Der paritätische Arbeitsnachweis für die Vertriebsbranchen befindet sich Mühlengasse 24...

Magdeburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen...

Mannheim. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Moskau. Der Arbeitsnachweis befindet sich in der Philharmonie, 1. Etg. (Patriotischer Weg 33)...

Stuttgart. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Hugo Pietrucci, Tischler, sende deine Adresse an die Sachliche Kundenliste...

Anton Erkens, Tischler, Büstenmacher aus Goch, wird gebeten, seine Adresse zu senden...

Paul Seifert, Tischler, Buchn. 484 844, wird wegen Familienangelegenheiten gesucht...

Hugo Erbe, Tischler, geb. am 22. 12. 89 zu seine W. an f. Winter in Dresden, Blücherpl. 24, a. frad.

Zwei Möbeltischler für beste furnierte und polierte Arbeiten werden verlangt vom Parit. Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe Lübeck.

Ein tüchtiger Kapsler und Fräser wird nach Norddeutschland verlangt. Meldungen erbeten an den Zentralarbeitsnachweis f. d. Holzindustrie, Berlin SO. 16, Jungferstr. 30.

Tüchtiger Stockpolierer auf dauernde Arbeit sofort gesucht. Rudolf von Sax, Schütz u. Spinnfabrik, Grimma i. Sa.

Tüchtige Kammmacher auf Feinholz eingearbeitet, und Gravur finden Stellung in Kammfabrik Friedrich Gröbke, Altona i. S. b. Reinheim.

Kammacher auf Pedigrohrmehl für da... Stellung sofort gesucht. Es werden für uns tüchtige und laibere Arbeiter werden. Besondere bevorzugt.

Ein tüchtiger Kapsler und Fräser wird nach Norddeutschland verlangt. Meldungen erbeten an den Zentralarbeitsnachweis f. d. Holzindustrie, Berlin SO. 16, Jungferstr. 30.

Mehrere tüchtige Korbmacher können noch eintreten auf Mattarbeit. Ballonkörbe Stilk 85 Pf. sowie sonstige Körbe, guter Vorkordlohn. Jüngere tüchtigere Arbeiter bevorzugt. Peter Wiesner, Korbfabrik, Groß-Ulmstadt (Hessen), Kreis Offenbach.

Mechanische Schreinerei, mittlerer Größe, der Neuzeit entsprechend, in Rhein-Industriestadt, mit guter Rundschaft, ist krankheitshalber mit oder ohne Gebäude käuflich evtl. unter günstigen Bedingungen mietweise zu übernehmen. Sehr gute Gelegenheit für junge Kraft, sich e. Lebensstellung zu gründ. Ausf. Off. mit Aug. d. Vermögensverh. unt. L. S. 382 an die Holzzer-Ztg. erb.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Brückenrücken. Zahlreiche Ankerungsschreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt das Beste, fabriziert und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Hagelweg 51. Preisl. zu Dienst.

Fachblatt-Abonnement. An die Zahlstellenverwaltungen richten wir hiermit das dringende Ersuchen, den Bedarf an Sachblatt für das I. Quartal 1914 bis spätestens den 8. Januar uns mitzuteilen. In den Fällen, wo eine besondere Bestellung für das erste Quartal nicht erfolgt, liefern wir die bisher bezogene Anzahl Exemplare weiter und stellen diese in Rechnung.

Politik und Gewerkschaften. Ein Kapitel aus den Kämpfen der Gewerkschaften mit Politik u. Justiz herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Der Braunschweiger Rademacher Schimpf von Anno 1790. Als eine lehrreiche und ergötzliche Begebenheit aus Akten des Preussischen Staatsarchivs an den Tag gebracht von dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Der Werfstreif 1913. Bericht an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Wir empfehlen zur Anschaffung: Der gute Schriftführer und Berichterstatler. Ein Handbuch für alle in der Arbeiterbewegung tätigen Kämpfer von Wilhelm Riepenhoff, Redakteur in Wladenburg. Preis 60 Pf.

Klassenrat! Von Erich Kuttner. Preis 1 Mk.

Hagull Bebel. Ein Lebensbild. Von H. Wendel. Preis 1 Mk.

Lichtmecht's Volkstreu-Wörterbuch. 15. Auflage. Preis gebunden 1,20 Mk.

Ein tüchtiger Kapsler und Fräser wird nach Norddeutschland verlangt. Meldungen erbeten an den Zentralarbeitsnachweis f. d. Holzindustrie, Berlin SO. 16, Jungferstr. 30.

Mit dem Jahreswechsel ist jetzt auch der Zeitpunkt gekommen, an welchem die Verbandskollegen den neuen Almanach in Gebrauch nehmen. Der Almanach ist ein seit 15 Jahren vom Verband herausgegebener Taschenkalender für die Mitglieder des Verbandes.

Für die Zahlstellen-Bibliotheken. Mitte Januar erscheint der Jahrgang 1913 der Holzarbeiter-Zeitung auf besserem Papier gedruckt und in gutem Leinwandband.

Leim- u. Furnieröfen fertigen als Spezialität schon von 28 Mk. an. Prospekt gratis. Gebr. Bettinger, Freiburg i. S. 2.

Alles zur Laubsägerei. Kerbschnitt und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst J. E. Hahn in Maxdorf 11 (Pfalz) Katalog gratis und franco.

Robelschlitten-Kuffen! Esche, gehogen, prima Ware. 1,30 m 1,45 m 1,60 m lang. Preis 1,90 2,10 2,40 für Paar.

Wichtig für Bautischler sind Bogenkonstruktionen, das Berechnen des Bogenradius (Kreisabschnitt), Methode mit der Säumer zu ziehen, verschiedene Korbbogenkonstruktionen.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten. Patent-Schraubenzieher Original Nr. 30 ausgelegene Länge 50 cm. mit 3 Ringen à 4,50 Mk. Schraubhelix Nr. 80, mit 1 Eis. 70 mm breit à 2,25 Mk.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Wochenbericht vom Sonnabend, 27. Dezbr. 1913 bis Freitag, 2. Jan. 1914. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluss der Woche.

Paul Horn Politur- und Lackfabrik Hamburg 23. Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft ist mein wasserreichtes Peha-Matt, gereinigten Schellackpolituren und meine Holzbelzen.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Beschneiderhof 70.

Laubsägerei. Kerbschnitt u. Holzbrand-Werkz., Holz, Vorlagen usw. in groß. Auswahl billigst. J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz. Katalog gratis und franco.

Patent Streichs Tischler-Fachschule Cöthen. Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Silber-Medaille, Paderborn.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Eracht. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen. Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche.

Tischlerfachschule Ilmenau. Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallsen.

Kunstgewerbliche Tischlerchule Blankenburg, H. 2. Programm frei. Direktor Reineking.